

politix

Ausgabe 35 | 2014



Religion & Staat

ipw

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien, Universitätsstraße 7, A-1010 Wien

ISSN 1990-4630

Inhalt

Schwerpunkt: Religion & Staat

Der Kampf um Anerkennung der Alevitischen Glaubensgemeinschaft in Österreich	4
<i>Alev Cakir</i>	
Die Manif pour tous als Treffpunkt der Alten und Neuen Rechten	7
<i>Fabian Lehr</i>	
Taiwans interreligiöse Bewegungen gegen die Homosexuellenehe.	10
<i>Julia Ritirc</i>	
A Rebirth of Religion in International Relations Theory?	15
<i>Haitham Abdelsamad</i>	

Aktuell / Intern

Die unsichtbare Krise der verdrängten Reproduktion	18
<i>Gabriele Michalitsch</i>	
Whose Crisis, Whose Recovery: Is Britain Broken?	22
<i>Johnna Montgomerie and Daniela Tepe-Belfrage</i>	
Rechtsextreme Konglomerate – Bündnispolitiken am rechten Rand der Europäischen Union	24
<i>Julian Bruns, Kathrin Glösel und Natascha Strobl</i>	
„Ich propagiere überhaupt nicht den Filzmeier!“	27
<i>Interview mit Thomas Schmidinger</i>	
Zur Lage der arbeitenden Klasse in China: Ein Konferenzbericht	31
<i>Thomas Immervoll</i>	
Grenzenbrechender Ungehorsam gegen die EU.	33
<i>Björn Puhr und Miriam Zangerl</i>	

Rezensionen

Jürgen Roth: Der stille Putsch	36
<i>Richard Sattler</i>	
Ilker Ataç, Michael Fanizadeh, Albert Kraler, Wolfram Manzenreiter (Hg.): Migration und Entwicklung	37
<i>Thomas Immervoll</i>	
Rob Nixon: Slow Violence and the Environmentalism of the Poor.	38
<i>Melanie Konrad</i>	
Gerd Antos/Ulla Fix/Bettina Radeiski (Hg.): Rhetorik der Selbsttäuschung.	40
<i>Richard Sattler</i>	

Editorial

Die Handlungsräume und Abgrenzbarkeiten geistlicher und weltlicher Herrschaft sind in vielerlei Hinsicht Interessensfelder wissenschaftlicher Forschung. Denn Religion setzt als kulturelle Praxis die Rahmung für (moralische) Werthaltungen sowie gemeinsame Rituale und bestimmte Weltbilder, die weit über den als explizit für die Religion ausgewiesenen Bereich des Alltags hinaus in die jeweilige Gesellschaft hinein wirken und die gesellschaftliche Organisation beeinflussen. Tradition und Spiritualität stärken weiterhin eine Perspektive auf den Glauben, die das was oft als ‚harte‘ oder faktische Wissenschaft bezeichnet wird, als seine unumstößliche Negation begreift; eine Form der Rückwärtsgewandtheit, die vor allem in Form von dem, was als fundamentalistische Interpretation gesehen wird, zu beobachten ist. Weiters hat religiöse Zugehörigkeit besondere Bedeutung in Diskursen ‚der Anderen‘ und eröffnet den Blick auf mitunter blutig umkämpfte politische Fronten, wird sie als Abgrenzungslinie zu FeindInnen ausgerufen bzw. missbraucht. Gewalt, in physischer, aber auch struktureller oder symbolischer Form, begleitet Auseinandersetzungen in Hinblick auf religiöse Zugehörigkeit in vielerlei Hinsicht. Machtfragen, seien es solche innerhalb einer sozialen Gruppe, zwischen sozialen Gruppen oder solche einer Gruppe gegenüber dem Staat, sind schließlich immer notwendig Teil der Betrachtung, wird Religion als Prisma der Analyse gewählt.

Einige dieser Aspekte werden auch im Schwerpunkt dieses Heftes beleuchtet: Glaubensgemeinschaften kämpfen mitunter um Anerkennung als Teil migratorischer Aneignungs- und Integrationsprozesse (Alev Cakir), die Neue Rechte hat auch in Frankreich ‚christliche Werte‘ als Mobilisierungsstrategie entdeckt (Fabian Lehr), religiöse Vereinigungen in Taiwan machen mobil gegen die Gleichstellung von hetero- und homosexuellen PartnerInnenenschaften (Julia Ritirc) und Religion wird als kritischer Fokus in International Relations Theory angedacht (Haitham Abdelsamad).

In Aktuell/Intern diesmal ökonomische Krisenhaftigkeit und Gender (Gabriele Michalitsch), beispielhaft im Falle Großbritanniens aufgezeigt (Johnna Montgomerie/Daniela Tepe-Belfrage) und Adhäsionstendenzen der Anti-Europäischen innerhalb europäischer Institutionen (Julian Bruns/Kathrin Glösel/Natascha Strobl). Im Interview sprachen wir für diese Ausgabe mit Thomas Schmidinger über das PoWi-Studium, Jobaussichten, Populärwissenschaftliches und die kurdische Minderheit in der Türkei. Nicht zuletzt waren ArbeiterInnen in China das Thema einer spannenden Konferenz, dazu ein kompakter Bericht (Thomas Immervoll) und sind transnationale Flüchtlingsproteste im Fokus einer EU-Fremdenrechtsdebatte (Björn Puhr/Miriam Zangerl). Rezensionen wie immer am Ende des Heftes.

Wir erinnern an dieser Stelle schließlich an den traditionsreichen Aufruf zur Mitarbeit (siehe Rückseite des Heftes) und wünschen viel Freude beim andächtigen Lesen und Schmökern!

Eure Redaktion

Der Kampf um Anerkennung der Alevitischen Glaubensgemeinschaft in Österreich

Alev Cakir

Alevitentum wird als heterodoxe Religion definiert, die ihren Ursprung in der Türkei hat. In den späten 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre setzten Diskussionen und Fragen über das Alevitentum einen Prozess der Wiederentdeckung der alevitischen Identität in der Türkei und in Europa in Gang. Seit Dezember 2010 genießt das Alevitentum staatliche Anerkennung in Österreich durch die Registrierung der Islamischen Alevitischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IAGÖ) als religiöse Bekenntnisgemeinschaft, umgesetzt vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK). In anderen europäischen Ländern sind alevitische Gemeinden entweder nur teilweise als konfessionelle Gemeinschaften oder gar nicht anerkannt. Die staatliche Registrierung der IAGÖ als religiöse Bekenntnisgemeinschaft und insbesondere die folgende gesetzliche Anerkennung des Alevitentums als Religionsgesellschaft im Mai 2013 in Österreich stellt einen weltweit einzigartigen Fall dar, und brach die umstrittene Monopolstellung der staatlich anerkannten Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ) als offizielle und gesetzliche Vertreterin aller MuslimInnen in Österreich. Seit 1979 war die IGGiÖ die einzige staatlich anerkannte islamische Religionsgemeinschaft nach dem Islamgesetz von 1912 mit dem Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts. Allerdings hat der staatliche Anerkennungsprozess der alevitischen Organisationen durch die Anerkennung nur einer religiösen Gruppe innerhalb einer Minderheitenreligion nicht nur zu Konflikten zwischen der islamischen und alevitisch-islamischen Organisation geführt, sondern

auch bestehende Streitigkeiten und Konflikte innerhalb der alevitischen Gemeinde verschärft sowie sogar in einer organisatorischen Spaltung gemündet.

Alevitische Gemeinschaft in Österreich

Die alevitische Gemeinschaft in Österreich ist eine religiöse Minderheit, die aus der Türkei stammt und dort die größte religiöse Minderheit bildet. Offiziell wird die Zahl der AlevitInnen in der Türkei mit circa 15 Millionen Menschen bemessen oder 25 % der gesamten Bevölkerung. AlevitInnen selber behaupten, dass sie zwischen 30-40 % der Gesamtbevölkerung in der Türkei darstellen (vgl. Zeidan 1999). Viele AlevitInnen sind als sogenannte ‚GastarbeiterInnen‘ in der Folge des österreichisch-türkischen Anwerbeabkommens 1964 nach Österreich migriert. Es gibt keine offiziellen Zahlen, wie viele AlevitInnen in Österreich leben, Schätzungen liegen aber bei 60.000 bis 80.000.

Innerhalb der alevitischen Gemeinde haben drei alevitische Organisationen gesonderte Anträge für die staatliche Anerkennung als Religionsgesellschaften gestellt: die Föderation der Aleviten Gemeinden in Österreich (AABF), die IAGÖ und das Alevitische Kulturzentrum in Österreich (AKÖ). Die IAGÖ repräsentiert eine konservative, staatskonforme alevitische Gruppe, da sie von einer islamischen Interpretation des Alevitentums ausgeht und auch eher mit dem staatlichen Diskurs über das Alevitentum in der Türkei übereinstimmt. Das Ziel der

konservativ-staatskonformen alevitischen Gruppe, bestand darin, das Monopol der IGGiÖ zu brechen und als zweite islamisch-alevitische Religionsgemeinschaft in Österreich anerkannt zu werden, indem sie unter das Islamgesetz 1912 subsumiert und so gesetzlich anerkannt wäre; andernfalls forderte sie, das Islamgesetz zu novellieren. Die AABF hingegen stellt eine linke, staatskritische alevitische Gruppe dar, da sie das Alevitentum als eigenständige Religion definiert und ihre Forderungen jenseits der religiösen Rechte aufstellt. Es geht ihr auch um kulturelle und politische Rechte und sozio-politische Partizipation. Die AKÖ wiederum ist eine kurdisch-nationalistische Gruppe, die das Alevitentum als explizit nicht-islamisch definiert, sich auf kurdische AlevitInnen konzentriert und die kurdische ethnische Identität betont. Alle drei alevitischen Organisationen suchten um staatliche Anerkennung an, um die damit verbundenen Privilegien wie finanzielle Vorteile und das Recht auf Religionsunterricht in den Schulen genießen zu können.

Konflikte statt Konsolidierung

Die Bedeutung des Instruments der staatlichen Anerkennung besteht in der Vermeidung und Verringerung von sozialen Spannungen zwischen den Religionsgemeinschaften. Vor allem Konflikte zwischen den herrschenden religiösen Gruppen und Minderheitsreligionen. Jedoch wurden in diesem Anerkennungsprozess Spannungen und Konflikte auf drei Ebenen verschärft und sogar verursacht. Erstens, hat der Staatsakt der Anerkennung Konflikte zwischen den alevitischen Organisationen ausgelöst bzw. verschlimmert und eine organisatorische Spaltung verursacht. Zweitens, entstanden Konflikte zwischen der islamischen Glaubensgemeinschaft und der konservativen, staatskonformen alevitischen Gruppe. Und drittens, wurden Spannungen zwischen der linken-staatskritischen alevitischen Gruppe und dem Kultusamt des BMUKK provoziert. Die Konflikte innerhalb der alevitischen Gemeinde konzentrierten sich auf die Anerkennung

der konservativ-staatskonformen alevitischen Gruppe als ‚islamisch‘-alevitische Gruppe und führten zur Abspaltung der anerkannten Gruppe vom links-staatskritischen Dachverband AABF. Die links-staatskritische alevitische Gruppe hingegen war bereit, sich unter einer anerkannten alevitischen, nicht aber unter einer islamisch-alevitischen Religionsgemeinschaft zu subsumieren (1).

Auf den ersten Blick schien sich der Konflikt um theologische Unterschiede zu drehen, allerdings ist es wichtig klarzustellen, dass es schon immer Pluralismus innerhalb des Alevitentums gegeben hat. Deshalb hatte die Wahl einer einzigen islamischen Gruppe von Seiten des Staates auch das größte Konfliktpotential zur Folge (vgl. Cakir 2011), denn der Staat hat hier versucht, eine einheitliche Führung der alevitischen Religionsgemeinschaft zu initiieren, die es so in konfessioneller Hinsicht nie gegeben hatte.

Diese Form der Governance religiöser Vielfalt führte zu einer formalen Beseitigung des internen Pluralismus einer Religionsgemeinschaft, zu Definitionskämpfen und übte enormen Druck auf den Zusammenhalt innerhalb der alevitischen Religionsgemeinschaft aus, da sich nun die Frage stellte, wer die ‚wahre‘ Vertreterin der alevitischen Bevölkerung in Österreich sei. So konkurrierten beide Organisationen über ihren Anspruch von wahrer Repräsentativität und Legitimität. Die konservativ-staatskonforme alevitische Gruppe zielte im Gegensatz zu der IGGiÖ darauf ab, als ‚liberal‘ und ‚aufgeklärte‘ muslimische Akteurin in Österreich wahrgenommen zu werden. Diese Positionierung macht den Wettbewerb zwischen der konservativ-staatskonformen alevitischen Gruppe und der IGGiÖ umso deutlicher, wobei die konservativ-staatskonforme alevitische Gruppe das Bild von ‚guten MuslimInnen‘, ‚gut integrierten BürgerInnen‘ und ‚pro-österreichischen Werten‘ hoch hielt.

Ergebnisse

Im Rahmen meiner Studie kam ich zu drei zentralen Ergebnissen. Erstens, es kam zu einem politisch-institutionellen Wandel in der religiösen Governance,

da eine zweite islamische Religionsgemeinschaft neben der IGGiÖ staatlich anerkannt wurde. Durch die Governance religiöser Vielfalt wurden neue Religionsgemeinschaften als neue Kontakt- und Gesprächspartnerinnen für den Staat konstruiert und in das politische System integriert. Dies wurde vor allem durch die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs, der die Existenz von mehreren offiziellen islamischen Gruppen in Österreich erlaubte, politisch und symbolisch erleichtert. Die Folge der formal-rechtlichen und symbolischen Aufhebung des Anspruchs der Alleinvertretung der IGGiÖ war eine Verschiebung der Rolle der IGGiÖ von einer überkonfessionellen Vertreterin aller MuslimInnen in Österreich zu einer Vertreterin des sunnitischen Islams. Zweitens wurde ersichtlich, dass religiöse Governance als eine Form des Regierens, also das Regieren zu religiös-politischen Fragen zwischen Staat und Religionsgemeinschaften, den Entscheidungsprozess der Anerkennungspolitik beeinflusst. Im integrativen und korporatistischen Modell in Österreich werden nicht-staatliche AkteurInnen als KoordinierungspartnerInnen in den Entscheidungsprozess miteinbezogen.

Drittens wirkte die staatliche Anerkennung als Multiplikator von Konflikten. Die staatliche Anerkennung verursachte und verschärfte den Wettbewerb und die Machtkämpfe innerhalb der alevitischen Gemeinschaft und zwischen den islamischen und alevitisch-islamischen Organisationen. Die rechtliche und symbolische Anerkennung führte zu einem Wettbewerb um die Repräsentationsansprüche im politisch-öffentlichen Raum und Legitimität innerhalb einer Minderheitenreligion. Es wurde auch deutlich, wie institutionelle und politische Bedingungen die Strategien der religiösen Organisationen beeinflusst. Insbesondere wurde dies in der Selbstdarstellung als ‚liberales‘ Gesicht der konservativ-staatskonformen alevitischen Gruppe deutlich, die nicht nur auf religiösen Gefühlen der Zugehörigkeit zum Islam, sondern auch auf der anti-muslimischen Stimmung in Österreich basierte. Der Zweck des Instruments der Anerkennung ist die Vermeidung und Verringerung der sozialen Spannungen zwischen den Religionsgemeinschaften.

Doch in diesem Fall wurde gezeigt, dass die staatliche Anerkennung einer religiösen Gruppe innerhalb einer religiösen Minderheit und zwischen Minderheitenreligionen Konflikte verursacht und verschärft sowie eine organisatorische Spaltung innerhalb einer Minderheitenreligionen auslösen kann. Auf der anderen Seite wurde deutlich, dass Religionsgemeinschaften als Dialog- und KooperationspartnerInnen in staatliche Entscheidungsprozesse miteinbezogen wurden. Daher nehmen religiöse Minderheiten bzw. ReligionsakteurInnen zwei Rollen in religiöser Governance ein: Sie sind EntscheidungsempfängerInnen und zugleich mitbestimmende AkteurInnen in staatlichen Entscheidungsprozessen.

Alev Cakir, Lektorin am ipw, hat im Jahr 2012 eine Studie über die Transformation der religiösen Governance in Österreich durchgeführt.

Anmerkungen:

(1) Der Begriff ‚islamisch- alevitisch‘ war neben der theologischen Zugehörigkeit der konservativ-staatskonformen alevitischen Gruppe zum Islam auch auf die institutionellen und politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen zurückzuführen: das Islamgesetz 1912 sowie die religiös- politische Atmosphäre in Österreich.

Cakir, Alev (2011): Governance religiöser Diversität in Österreich. Anerkennungspolitik am Beispiel der Islamischen Alevitischen Glaubensgemeinschaft. Dipl.-Arb., Universität Wien.

Zeidan, David (1999): The Alevi of Anatolia. In: Middle East Review of International Affairs 3(4), 74-89.

Die Manif pour tous als Treffpunkt der Alten und Neuen Rechten

Fabian Lehr

Die Protestbewegung ‚Manif pour tous‘ (dt.: ‚Demo für alle‘, in Anspielung an das ‚Mariage pour tous‘, dt.: ‚Ehe für alle‘, benannte Taubira-Gesetz über die Öffnung der Ehe für Schwule und Lesben), wurde im November 2012 gegründet. Sie überzog Frankreich im Laufe des Jahres 2013 mit einer nicht abreißen wollenden Kette von Großdemonstrationen gegen die unter dem neuen Präsidenten Hollande initiierte Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare mit oft hunderttausenden Teilnehmer_innen. Manif pour tous gehört sicher zu den verstörendsten Manifestationen des Rechtsrucks, der Frankreich seit Jahren erfasst.

Im selben Jahr, als der faschistoide Front National 2012 das beste jemals bei einer Präsidentschaftswahl erzielte Ergebnis einfuhr, näherte sich das Manifest des rechtsextremen Publizisten Alain Soral, *Comprendre l'empire*, der Marke von 100.000 verkauften Exemplaren. 2012 war auch das Jahr, in dem der Komiker Dieudonné mit seinem die Holocaustopfer verhöhnenden Comedysong *Shoahnanas* die größten Festhallen des Landes füllte. Und es war auch das Jahr, in dem sich, neben diesen Ausdrucksformen der neuen, traditionell antiklerikalen Rechten, mit der Manif-pour-tous-Bewegung auch die längst totgeglaubte katholisch-klerikale Form des rechten Extremismus mit aller Stärke zurückmeldete. Diese hatte sich seit der Dreyfus-Affäre kaum mehr gezeigt. In Frankreich spielt die katholische Kirche im Pariser Becken schon seit dem mittleren 18. Jahrhundert nur noch eine geringe Rolle im alltäglichen Leben.

Der Prozess der De-Christianisierung hat sich im 20. Jahrhundert so umfassend auch auf die Peripherie ausgedehnt, dass heute nur noch 4,5 % der

Bevölkerung angeben, die Messe zu besuchen. Der Erfolg von Manif pour tous ist also vermutlich nicht religiös bedingt.

Anbahnungsversuche mit Rhetoriken aus dem katholischen Fundus

Sieht man sich die prominentesten Persönlichkeiten und Organisationen an, die sich im Bündnis Manif pour tous konzentrieren, wird schnell klar, dass sich sein Charakter tief gewandelt hat. Es wird heute mehr und mehr zu einer Variante der Neuen Rechten, die sich gerne der traditionellen religiösen Requisiten als Kampfmittel gegen die vermeintlich linke Meinungshoheit bedient. Mit der soziologischen Struktur und dem philosophischen Fundament der historischen Ausdrucksformen der Klerikalreaktion hat die Neue Rechte jedoch nicht viel gemeinsam. Die sich beispielsweise in der Dreyfus-Affäre artikulierende katholische Reaktion basierte soziologisch auf den Klassen, die konstitutiv für die überwundene feudalistische Gesellschaftsordnung gewesen waren: Bauerntum, alter vor-bonapartistischer Adel und diejenigen Teile der Großbourgeoisie, die sich der Lebensweise und den Wertvorstellungen des Adels am stärksten angepasst hatten. Ihr verbindender Zug war der Hass auf den nationalistischen Republikanismus der Dritten Republik; stattdessen forderten sie die Berufung auf die theologische, aber auch politische Autorität des Papstes.

Heute hingegen stützt sich die katholische Reaktion im Allgemeinen und die Manif pour tous im Besonderen auf dasselbe Kleinbürgertum, das den Front

National wählt, zunehmend aber auch auf Teile des Proletariats, besonders in den sich deindustrialisierenden Regionen Frankreichs. Statt des Ultramontanismus (1) ihrer ideologischen Vorläufer_innen vertreten sie einen scharfen Nationalismus, der gerade darauf pocht, dass die sozialdemokratische Regierung Hollande spezifisch französische Werte und Traditionen einem ‚internationalen Wirtschafts- und Werteliberalismus‘ opfere. Die als Pressesprecherin der Manif pour tous am stärksten im medialen Rampenlicht stehende, millionenschwere Unternehmerin Frigide Barjot (eigentlich Virginie Tellenne) entstammt selbst einer traditionellen konservativ-großbürgerlichen Familie. Allerdings beschreibt sie sich selbst als republikanische, ihrem Land und ihren religiösen Wurzeln eng verhaftete Gaullistin (vgl. *Le Figaro* 04.01.2013). Sie steht beispielhaft für diese Entlehnung antimodernistischer, homophober, sexistischer und rassistischer Versatzstücke aus dem katholischen Fundus durch eine neurechte Ideologie, die den Katholizismus theologisch nicht ernst nimmt, ihn aber zur Konstruktion einer kulturell-rassistischen ‚westlichen Identität‘ nutzt. Das soll vor allem zur Abgrenzung von muslimischen Migrant_innen und einer phantasierten linken und feministischen Meinungshoheit dienen. Während sich so die geschrumpfte katholische Kirche der Neuen Rechten nähert, begräbt letztere ihrerseits zunehmend ihren Antiklerikalismus und begreift die katholische Kirche nicht mehr als Gegenspielerin des republikanischen Nationalismus. Vielmehr wird die Kirche als dessen Ausdrucksform betrachtet, zu deren Schutz sich die Neue Rechte in Stellung bringt. Davon zeugt die Unterstützung, die der aggressiv homophobe Essayist Philippe Arino der Manif pour tous entgegenbringt, ebenso wie der spektakuläre Suizid des dem Bloc Identitaire nahestehenden rechtsextremen Historikers Dominique Venner in der Kathedrale Notre Dame am 21.05.2013. Laut Abschiedsbrief wollte Venner gegen die Bedrohungen der ‚christlich-abendländischen Identität‘ im Allgemeinen und Frankreichs im Speziellen protestieren. Ganz oben auf der Liste von Problementwicklungen sei laut Venner die Unterhöhlung der katholischen Tradition durch die Öffnung der Ehe

für homosexuelle Frauen und Männer. Auch der durch anti-feministische Männerrechtspamphlete hervorgetretene ehemalige Figaro-Journalist Éric Zemmour oder der rechtsextreme Publizist und ehemalige Le-Pen-Mitarbeiter Alain Soral reihen sich in die Liste der Manif-pour-tous-Unterstützer_innen aus der ursprünglich antiklerikalen nationalistischen Rechten ein. Bei Soral ist diese plötzliche Sympathie besonders spannend, hat er doch früher katholische Geistliche pauschal als pädophil beschimpft.

Politische Grenzverwischungen

Von den 37 Organisationen, aus denen sich das Manif-pour-tous-Bündnis zusammensetzt, gehören 19 dem Dunstkreis der katholischen Kirche an, etliche weitere sind der Neuen Rechten nahestehende, sich durch Homophobie, Antifeminismus und Rassismus ‚auszeichnende‘ zivilgesellschaftliche Organisationen. Darunter sind jedoch, laut einer Untersuchung der Tageszeitung *Le Monde*, allein elf Scheinorganisationen, die eigens gegründet wurden, um die dominante Rolle der katholischen Kirche zu verschleiern. Die inhaltlichen Unterschiede zwischen den katholischen und den nicht-religiösen Organisationen verwischen daher zunehmend.

Die schwarze Parti-Socialiste-Politikerin Christine Taubira, die das Gesetz der Mariage pour tous ausgearbeitet hatte, wurde am 25.10.2013 in Angers von einer aufgebrauchten Menge von Manif-pour-tous-Demonstrant_innen verschiedenster Organisationen mit Affenlauten und geworfenen Bananenschalen schickaniert; begleitet von der Aufforderung: ‚Friss deine Banane, hässliche Äffin!‘ und einem Plakat der Demo-Organisator_innen auf dem Taubira als Gorilla karikiert wurde.

Nicht nur dem Front National, dem Bloc Identitaire und Alain Sorals rechtsextremer Medienplattform *Égalité et reconciliation* steht die Manif pour tous nahe, sondern auch dem europäischen Rechtsextremismus außerhalb Frankreichs. So stellte eine Manif-pour-tous-Delegation in München den Kontakt zu Karl Richter her, dem Vizepräsidenten der NPD.

Natürlich sind unter den weit über eine Million Personen, die an den Großdemonstrationen der *Manif pour tous* teilgenommen haben, bei weitem nicht alle ideologisch gefestigte Rechtsextreme. Viele Teilnehmer_innen formulierten, dass ihre Teilnahme an den Demonstrationen einen Protest gegen die katastrophale Wirtschaftspolitik der Regierung Hollande darstelle. Denn diese wolle durch die Konzentration auf gesellschaftspolitische Reformen von ihrem ökonomischen Versagen, der enormen Arbeitslosigkeit, der De-Industrialisierung Frankreichs und dem massenhaften Bankrott mittelständischer Betriebe ablenken. Doch im Umfeld der *Manif pour tous* werden auch ursprünglich nicht dem Front National nahestehende Personen schrittweise an Homophobie, Rassismus und Antifeminismus gewöhnt und wandeln sich oft in treue FN-WählerInnen. Die enorme mediale Aufmerksamkeit, die die *Manif pour tous* für die katholische Reaktion wie die Neue Rechte erzielt hat, kommt kaum der katholischen Kirche als Institution zugute, jedoch dem Front National und den ihm nahestehenden Gruppen.

Meinungsumfragen zeigen, dass die Popularität des Front National spürbar zunahm als die medienwirksamsten Kampagnen der *Manif pour tous* einsetzten. Es ist eine Siegesserie des unheimlichen katholisch-nationalistischen Bundes, die sich bei den französischen Kommunalwahlen Ende März 2014 wiederholte und auch bei den Europawahlen im Mai ihre Fortsetzung fand.

Fabian Lehr arbeitet im Sozialreferat der ÖH Uni Wien.

Anmerkungen:

(1) Besonders im 19. Jahrhundert diskutierter Anspruch der katholischen Reaktion, die Autorität des Papstes auch in politischen Fragen über die Autorität nationaler Regierungen zu stellen.

GroussetVeronique (04.01.2013): *Frigide Barjot, figure de proue*. <http://www.lefigaro.fr/lefigaromagazine/2013/01/04/01006-20130104ARTFIG00343-frigide-barjot-figure-de-proue.php>, (Zugriff: 11.06.2014).



Dt.: „Und wo ist dein Papa? Und wo ist deine Mama?“ Quelle: flickr.com, von: Mon_Tours.

Taiwans interreligiöse Bewegungen gegen die Homosexuellenehe: Formierung und Mobilisierungstechniken

Julia Ritirc

Im September 2013 reichten die oppositionelle ‚Democratic Progressive Party‘ (DPP) und die ‚Taiwan Alliance to Promote Civil Partnership Rights‘ (TAPCPR) einen aus vier Einzelanträgen bestehenden Initiativantrag zur Gleichstellung homosexueller Paare und Familien im taiwanesischen Parlament ein. Sie forderten unter anderem die Neutralisierung der Bezeichnungen der Eheleute im Zivilgesetz, Adoptions- und Erbrecht, sowie eine Ausweitung der Rechte von Angehörigen. Am 25. Oktober passierte mit den Stimmen von 22 DPP-Abgeordneten nur einer der vier Teilanträge – nämlich jener zur ‚ehelichen Gleichberechtigung‘ – die Erstlesung des Parlaments (1), wodurch ein Gesetzgebungsverfahren eingeleitet wurde.

Die Gesetzesinitiative entfachte eine hitzige Debatte zwischen den sogenannten traditionellen und progressiven Kräften des Landes und wurde von mehreren größeren Kundgebungen begleitet. In dem von Antagonismus zwischen Moderne und Tradition stark durchzogenen öffentlichen Diskurs beriefen sich BefürworterInnen auf die Grundsätze der Gleichberechtigung und Menschenrechte, KritikerInnen verlangten dagegen den Schutz der traditionellen Familie, die eine wichtige Stütze für gesellschaftliche Stabilität darstelle, und wiesen auf das Recht der Kinder auf ‚eine Mutter und einen Vater‘. Die Ende August ad hoc gegründete ‚Taiwan Interreligious Coalition for Cherishing Family‘ (TICCF), unter der Führung der evangelisch-lutherischen Kirche, vermochte über 650.000

Unterstützungserklärungen für ihre eine Online-Petition ‚Gegen die Anträge zur Homosexuellenehe und der pluralistischen Familie‘ zu sammeln. Sie erreichten nicht nur, dass drei der ursprünglich vier gestellten Anträge verworfen wurden, sondern mobilisierten auch noch über 300.000 Menschen zu einem Massenprotestmarsch.

In westlichen, vorwiegend christlich geprägten Ländern gilt Religion als ein starker Faktor in der Debatte um die Einführung der religiösen und zivilrechtlichen Ehe für Homosexuelle. Doch in Taiwan sind ChristInnen eine religiöse Minderheit und stellen nicht mehr als fünf bis sechs Prozent der Bevölkerung. So verblüfften der hohe Mobilisierungsgrad und die Effektivität ihrer gesellschaftspolitischen Forderungen umso mehr. Der vorliegende Text versucht, die Rolle der christlichen Religionsgemeinschaften als Mobilisator zu beleuchten und geht dabei folgenden Fragestellungen nach: Welche Positionen nehmen AnhängerInnen verschiedener Religionsgemeinschaften in Taiwan zum Thema Homosexualität bzw. Homosexuellenehe ein? Wie und warum kam es zur Entstehung einer derart großen Gegenbewegung, die VertreterInnen christlicher und traditionell chinesischer Religionsgemeinschaften vereinte? Die Autorin postuliert, dass drei Faktoren für die Entstehung der Massenbewegung entscheidend waren: Moderne Massenmedien und Kommunikationstechnologie, die Form der Gesetzesanträge und religionsübergreifende, kollektive Wertvorstellungen.

Toleranz von Homosexualität innerhalb der Gesellschaft

Seit langem sprechen viele in- und ausländische BeobachterInnen davon, dass Taiwan schon bald das erste asiatische Land sein wird, welches die Ehe für Lesben und Schwule einführt. Diese Annahme bestärkt sich in diversen Umfragen, die einen steigenden Trend gesellschaftlicher Toleranz gegenüber Homosexualität und der Befürwortung eines entsprechenden partnerschaftlichen Rechtsinstituts verzeichnen.

Eine Umfrage von United Daily News Survey Center im Juni 2013 ergab, dass von 567 befragten erwachsenen TaiwanInnen der Anteil jener, welche die gesetzliche Verankerung von gleichgeschlechtlichen PartnerInnenschaften befürworteten, von 25 % im Jahre 2003 auf 53 % im Jahre 2013 gestiegen ist. Nur noch 37 %, im Vergleich zu 55 %, lehnten diese ab und als unentschlossen deklarierten sich 10 %, im Vergleich zu 20 % in 2003 (vgl. *Asia Times*, 31.10.2013). Andere Umfragen und Studien des TAPCPR oder der nationalen Forschungseinrichtung Academia Sinica verzeichnen ähnliche Trends (vgl. TAPCPR, 06.06.2013).

Trotz vieler Fortschritte im Anti-Diskriminierungsschutz und der steigenden gesellschaftlichen Akzeptanz ist die politische Durchsetzung einer rechtlich abgesicherten Partnerschaft nicht einfach. Die wiederholten Bestrebungen von Seiten der DPP unterstützten Homosexuellenbewegung scheiterten an mangelnden Mehrheitsverhältnissen und auch der zuletzt im Herbst 2013 von Yu Mei-nu (DPP) gestellte Antrag zur ‚ehelichen Gleichberechtigung‘ schaffte es nur mit knapper Mehrheit durch die Erstlesung. Die Mehrheit der Abgeordneten beider Großparteien, der regierenden KMT und der oppositionellen DPP, stehen der Einführung der Homosexuellenehe nach wie vor kritisch gegenüber bzw. befürworten diese nicht (vgl. *Taipei Times*, 17.12.2013).

Das konfuzianische Ostasien ist eine Region geprägt von religiöser Vielfalt und Synkretismus. Buddhismus, Daoismus und christliche

Religionsgemeinschaften sind schon seit Jahrhunderten gesellschaftlich und kulturell verankert und haben oft lokale Bräuche und Kulte in die neuen Rituale miteingeschlossen anstatt diese einfach zu ersetzen. Trotz des steten Spannungsverhältnisses von staatlicher Macht und Kontrolle auf der einen und lokalen religiösen Bräuchen auf der anderen Seite (vgl. Katz 2003: 395) wurden in Taiwan religiöse Praktiken im Gegensatz zur Volksrepublik China auch während der Diktatur unter der Kuomintang weder verboten noch im vergleichbaren Ausmaß unterdrückt. Nichtsdestotrotz kam es erst mit der „dritten Demokratisierungswelle“ und der damit einhergehenden politischen Freiheiten zu einer „religiösen Wiederauferstehung“ (Hefner 2010). Heute ist Taiwan ein laizistischer Staat, verfolgt eine liberale Religionspolitik und zeichnet sich durch ein hohes Maß an religiöser Freiheit aus (vgl. IRRF 2012: 3).

Da die Frage nach der Religionszugehörigkeit aus Gründen des Schutzes persönlicher Daten nicht Teil des Bevölkerungszensus ist, gibt es keine einheitlichen statistischen Zahlen zur Religionsangehörigkeit. Offiziell listet das taiwanesisches Innenministerium 27 registrierte Religionsgemeinschaften (vgl. Taiwan Yearbook 2013), sechs Ausrichtungen dominieren das religiöse Spektrum:

Tabelle1: Verteilung der Religionszugehörigkeit.

Religionszugehörigkeit	Anteil, in Prozent
Volksreligion	40
Daoismus	13,1
Buddhismus	18,9
Christlich (darunter auch katholisch)	4,9
I-Kuan Dao (2)	2,4
AnhängerInnen beider, des Buddhismus und des Daoismus	5,1

(Kuo 2012: 9).

Die öffentliche Debatte um die Homosexuellenehe, in welche sich religiöse Gemeinschaften zuletzt stark involvierten, führte zu einer Reihe von Umfragen und Studien, die das Verhältnis von Religion, Religionszugehörigkeit und Homosexualität untersuchten. In seiner Studie zum politischen Konservatismus von Konfessionsgemeinschaften in Taiwan

zeigt Kuo (2012), dass jene Teile der Bevölkerung, die sich einer Religion zugehörig fühlen, tendenziell negative Haltungen zu Homosexualität und homosexuellem Verhalten einnehmen. Ein Vergleich innerhalb der Religionsgemeinschaften verdeutlicht, dass vermehrt Anhänger christlicher Religionen (u.a. römisch-katholisch) und des I-Kuan Dao Homosexualität und homosexuelles Verhalten ablehnen. Umfragen der TAPCPR (2013) zeigen, dass vorwiegend junge, höher Gebildete ohne explizite religiöse Zugehörigkeit die Ehe zwischen homosexuellen PartnerInnen befürworten. 78 % der 20- bis 29-Jährigen sprachen sich für die Homosexuellenehe aus, davon waren 70 % UniversitätsabgängerInnen, von denen 58 % keine religiöse Zugehörigkeit angaben. Innerhalb der christlichen Bevölkerungsgruppe waren 58 % der ProtestantInnen bzw. Evangelikalen und 75 % der KatholikInnen gegen die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe (vgl. TAPCPR 06.08.2013).

Die von Umfragen und Studien postulierte höhere Toleranz von NichtchristInnen reflektieren nur einen Teil der Realität, denn die Studienergebnisse wie die von Wang et al. (2014) verdeutlichen, dass abseits der Konfessionen traditionelle Konzepte, wie das der kindlichen Pietät, die Entscheidungen und Strategien junger (vorwiegend männlicher) Homosexueller beeinflussen, ihre Homosexualität den Eltern gegenüber einzugestehen.

Formierung der Protestbewegung

Zwischen August und September 2013 formierte sich die TICCF durch führende VertreterInnen der evangelisch-lutherischen Kirche, der katholischen Kirche, der Holy Spirit Association for the Unification of World Christianity, der Konfuzius-Menzius Gesellschaft und mehrerer buddhistischer und taoistischer Religionsgemeinschaften. Sie gründet u.a. auf einer Initiative der christlich fundamentalen Abgeordneten des Kontroll-Yuans (3), Gao Fengxian, die im März den interreligiösen Aktionsverein, Christian

Communities Coalition for Human Rights' ins Leben gerufen hatte, um sich gegen sexuelle Belästigung, familiäre Gewalt und andere Menschenrechtsverletzungen einzusetzen. Der taiwanesischen Christian Tribune und die in Hong Kong basierte Kingdom Revival Times fungierten als wichtiges Sprachrohr sowohl für die CCCHR als auch die später initiierte TARVSF (vgl. *Storm Media Group* 25.01.2014). Die TICCF baut jedoch schon auf eine längere Tradition der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Konfessionsgruppen auf, die sich in den letzten Jahren für moral-ethische Fragen in der Gesetzgebung engagierten.

Am 18.09.2013 hielt die TICCF eine Pressekonferenz im Parlament ab und plädierte gegen die Verabschiedung von Gesetzen, die folgenreich für die Gesellschaft und ihre Stabilität sein könnten. Nachdem der DPP-Antrag im Oktober die Erstlesung im Parlament dennoch passiert hatte, mobilisierten sie zu einer großen Massenkundgebung am 30. November, an der laut taiwanesischen Medienberichten über 300.000 Menschen teilnahmen (vgl. *Taipei Times* 07.09.2013), und erregte somit großes Aufsehen in nationalen und internationalen Medien. Kuo (2013: 2) bspw. bezeichnet diese Demonstration als den größten religionsübergreifenden Protestmarsch in der taiwanesischen Geschichte.

Mobilisierungstechniken und kollektive Wertvorstellungen

Drei Faktoren waren für die Mobilisierungskraft entscheidend: Erstens, die Entstehung bzw. Nutzung der bereits entstandenen 'techno-religiösen Räume' (Kong 2001). TICCF, unterstützt von diversen NGOs wie die 'Allianz der Bewegung für den Schutz glücklicher Familien', mobilisierte mittels moderner Kommunikationstechnologien und Massenmedien. Dazu gehörten Fernsehen (Kanäle von verschiedenen Religionsgemeinschaften, Talkshows etc.), Printmedien, nationale und internationale Onlinemedien (siehe

Revival Kingdom Times) und soziale Netzwerke, insbesondere Facebook. Auch die AktivistInnen der Homosexuellenbewegung bedienten sich ähnlicher Technologien zur Mobilisierung, insbesondere Facebook. Außerdem unterhalten sie gute Beziehungen mit JournalistInnen. Die aktive Teilnahme der Religionsgemeinschaften – vor allem der christlichen – in der Gesellschaftspolitik stieß auf viel Unverständnis und breite Kritik. Viele taiwanesischen Medien stellten sich auf die Seite der Homosexuellenbewegung und kritisierten die Religionsgemeinschaften dafür, gegen die Verbesserung von Menschenrechten und Gleichberechtigung aufzutreten. Die breite Kritik ist auch vor dem Hintergrund der Rolle der protestantischen Religionsgemeinschaften in der Geschichte der taiwanesischen Demokratisierung zu sehen. Sie haben in der Demokratiebewegung entscheidend mitgewirkt, da sie letztere nicht zuletzt mit einer schützenden Hand über ihre ProtagonistInnen unterstützten. Die Mobilisierung gegen eine Verbesserung der Rechtslage von Homosexuellen hat daher viel Unverständnis innerhalb der jungen taiwanesischen Gesellschaft hervorgerufen, deren nationales Identitätsgefühl stark mit der taiwanesischen Demokratie verbunden ist.

Zweitens, evozierte die Form der Gesetzesanträge in vielen Unsicherheit über die möglichen gesellschaftlichen Implikationen. Im Gegensatz zu anderen Ländern, in welchen separate Rechtsfiguren zusätzlich zur Ehe zwischen Mann und Frau geschaffen wurden, sahen die Anträge in Taiwan eine Neudefinition der Ehe durch die Neutralisierung bzw. Substituierung des Begriffspaares mit ‚beide Seiten‘ oder ‚beide Parteien‘ vor. Für viele bedeutete das die Aufhebung der traditionellen Familie und nicht abzuschätzende Folgen für die Entwicklung und Formierung der Gesellschaft. Konfrontiert mit dieser weitgreifenden juristischen, gesellschaftlichen und psychologischen Reform sahen sich viele Anhänger traditionell chinesischer Religionsgemeinschaften motiviert am Protestmarsch teilzunehmen (vgl. Kuo 2013: 12).

Die hervorgerufene Unsicherheit ermöglichte den christlichen Religionsgemeinschaften drittens ihre gesellschaftspolitischen Forderungen leichter

innerhalb der AnhängerInnenschaft der traditionell chinesischen Religionsgemeinschaften und damit auch der breiteren Bevölkerung diskursiv zu legitimieren. Die Betonung auf ‚eine Mutter und einen Vater‘ als Ausdruck der Prokreativität berührte einen Grundpfeiler der chinesischen Kultur: die Institution Familie zum Zwecke der Aufrechterhaltung der diachronischen Kontinuität der Blutlinie, des Familiennamens und des Haushalts. Der sozial-religiöse Kodex der kindlichen Pietät beruht darauf, dass Kinder um die alten Eltern Sorge tragen; er spiegelt nicht nur die Organisation der (traditionellen) Gesellschaft wider, sondern manifestiert sich auch in religiösen Praktiken, wie dem Ahnenkult. Trotz sozio-ökonomischer Transformationen, veränderter Arbeitsverhältnisse und den daraus resultierenden Herausforderungen für Altersvorsorge und Altenbetreuung, wird die Gültigkeit des Konzepts in den chinesischen Gesellschaften bis heute nicht angezweifelt. Für das psychosoziale Verhältnis Homosexueller zu ihren Familien bedeutet der soziale Kodex ein Hemmnis für das coming-out, da es als eine Verweigerung der heiligen Pflicht ausgelegt werden und Konflikte erzeugen könnte (vgl. Wang et al. 2009).

Für eine gesetzliche Verankerung homosexueller PartnerInnenschaften heißt das also, dass solange Nachkommen gezeugt werden, bleibt das Privatleben der jungen Leute von den Eltern relativ unbehelligt. Die Schaffung eines gesetzlichen Rahmens jedoch, welcher ein alternatives Modell schafft, das junge Leute davon abhält, ihre heiligen traditionellen Kindespflichten zu erfüllen, wäre inakzeptabel (E-Mailkorrespondenz mit Delmestro Manuel, 12.01.2014). Die Institution Familie spielt sowohl in christlichen als auch in traditionell chinesischen Religionsgemeinschaften eine zentrale Rolle, auch wenn das theologische Fundament verschieden ist. Sie vereinte die verschiedenen konfessionellen Traditionen in Taiwan zu einer immensen Bewegung gegen die rechtliche Absicherung homosexueller PartnerInnenschaften, die von den Gesetzesanträgen teilweise zu weitgegriffenen Forderungen genährt und über moderne Massenmedien und Kommunikationstechnologien mobilisiert wurde.

Conlusio

Die dünne parlamentarische Mehrheit, mit welcher der Antrag auf Eheleiche Gleichstellung die Erstlesung passierte, die hitzigen öffentlichen Auseinandersetzungen und breiten Kundgebungen lassen darauf schließen, dass in Taiwan bis dato weder ein politischer noch gesellschaftlicher Konsens zum Thema Ehe oder eingetragene Partnerschaft für Lesben und Schwule besteht. Die Gründe hierfür sind vielschichtig. Die Hartnäckigkeit der Homosexuellenbewegung, die Präsenz ihrer Forderungen im öffentlichen Raum und die steigende Toleranz und Unterstützung der Gesamtgesellschaft für mehr rechtlichen Schutz geben letzteren jedoch eine begründete Hoffnung auf Erfolg. Die gesetzlich eingetragene PartnerInnenschaft als separate Rechtsfigur, die seit einigen Monaten von VertreterInnen und ProponentInnen der Homosexuellenbewegung vorbereitet wird, könnte in Zukunft zweifelsohne eine annehmbare Lösung sein, welche die Wünsche und Bedürfnisse der heutigen Majoritätsgesellschaft und seiner Minderheiten in Taiwan besser berücksichtigt. Jedoch sind Uneinigkeit über die weitere Vorgehensweise und die zu stellenden Forderungen sowohl innerhalb der homosexuellen als auch der religiösen Bewegung ein großes Hindernis, das eine baldige Lösung des Problems der rechtlichen Absicherung lesbischer und schwuler PartnerInnenschaften wohl unwahrscheinlich macht.

Julia Ritirc ist Universitätsassistentin am Institut für Ostasienswissenschaften und Sinologie an der Universität Wien.

Anmerkungen:

- (1) Die parlamentarische Ordnung in Taiwan sieht drei Lesungen vor.
- (2) Die AnhängerInnen des I-Kuan Dao, dessen Lehre besagt, dass die Wahrheit in allen Religionen zu finden ist, verehren verschiedene lokale Heilige und Weise wie Laozi, Konfuzius, Buddha, Jesus Christus und Mohamed. Daraus ergeben sich Überlappungen zwischen Anhängern christlicher Religionen und des I-Kuan Dao.

(3) Das politische System in Taiwan sieht eine Gewaltenteilung in fünf Yuan (Staatsräte) vor: Exekutive, Judikative, Legislative, Kontrolle und Prüfung. Der Kontroll-Yuan ist die Überwachungsbehörde der Regierung.

Hefner, Robert W. (2010): *Religious Resurgence in Contemporary Asia. Southeast Asian Perspectives on Capitalism, the State, and the New Piety*. In: *The Journal of Asian Studies* 69 (4), 1031-1047.

Katz, Paul R. (2003): *Religion and State in Post-war Taiwan*. In: *The China Quarterly* 174, 395-412.

Kong, Lily (2001): *Religion and technology. refiguring place, space, identity and community*. In: *Area* 33, 404-413.

Kuo, Chengtian (2012): *Taiwan zongjiao yu zhengzhi baoshou zhuyi*. In: *Taiwan zongjiao yanjiu* 9 (2), 5-26.

Kuo, Chengtian (2013): *Pingheng jidu xinrong tongxinglian quanyi. 'tongxing banlüfa' de shenxue, shehui xinli, yu falü zhengzhi yiju*. (unveröffentlicht)

Wang, Frank T.Y./Bih, Heng-Dar/Brennan, David J. (2009): *Have they really come out? Gay Men and their Parents in Taiwan*. In: *Culture, Health & Sexuality* 3 (11), 285-296.

A Rebirth of Religion in International Relations Theory?

Haitham Abdelsamad

Since the past decade, especially after 9/11, a debate started in the academic world about the “global resurgence of religion” (Hatzopoulos/Petito 2003: 3) in International Relations (IR). It brought forward arguments saying that IR lost “its proclaimed monopoly on understanding the world” (Kubalkova 2009: 18) and that the discipline would suffer an eternal handicap, until the religious variable was put into the equation. While not all scholars agree that religion should be integrated in IR, Robert Keohane, for instance, is taking religion seriously and argues that the existing theoretical framework was not enough to fully understand world affairs (see Tickner 2005: 2). So does religion matter in IR? My assumption is that religion is indeed relevant to the international relations and, therefore, its theories should also consider it. In this rather short and concise article, I will illustrate the different opinions on the relevance of religion in IR theory, provide some selected historical instances that show the significance of religion for international relations and leave you with some final thoughts on that matter.

The peace treaty of Westphalia in 1648 put an end to “international religious wars in the Christian West” (Fox 2006: 4) and introduced the *cuius regio eius religio* principle (the ruler determines the religion of his realm) as the determining norm, which defined the new emerging order (see Sheikh 2012: 367). As a result, the interference of religion in politics became “the ultimate threat to order, security, and civility, and, could not inhabit both the practices of international relations and, subsequently, the discipline of International Relations” (Hatzopoulos/Petito 2003: 2).

For Vendulka Kubalkova, IR has not yet caught up on the role of religion in world affairs. However, a slight and very slow ‘turn’ to religion can be observed in the IR after recognising that religious events (the latest major one being 9/11) do shape international relations (see Kubalkova 2009: 19). However, what other religiously motivated events shape(d) international relations?

In his article, Jeffrey Haynes describes four phases after World War II, where religion had an influence on international politics. First, in the two decades following 1945, religion was used by and in the service of “indigenous nationalisms” (Haynes 2005: 401) in anti-colonial struggles. Second, the 1960s and 1970s marked an era, where political Islam had an immense influence, especially in the Iranian Revolution of 1979 as well as in the Israeli-Palestinian conflict. Third, religion witnessed a ‘comeback’ in the mid-1990s with the rise of “overtly anti-Western Islamist regimes in Afghanistan and Sudan” (ibid: 402). The fourth and most important phase, at least to our current debate, is the aftermath of 9/11, which manifests itself in the invasion of Iraq, Afghanistan, and the well-known ‘war on terror’. 9/11 caused “a shift from the implicit dominance of secular ideas to the explicit return of Religion as an additional motivational and ideological factor in policy formation and execution” (ibid: 405). With this policy shift also came a shift in the scholarly investigation and study of these policies and, as a result, the necessity to include religion as a factor that can facilitate the understanding of various international outcomes.

Jonathan Fox and Shmuel Sandler argue as well that religion matters in IR, however they have a slightly different approach than Haynes: Instead of analysing

the role of religion in international politics in terms of global history, they explore the ways by which religion influences human behaviour and worldviews. Specifically, they try to find out how religion acts as 'an aspect of identity', how it can be used as a source of (political) legitimacy (see Fox/Sandler 2004: 5) as well as its association "with formal institutions that can influence the political process" (ibid: 27). For Fox/Sandler, local religious conflicts often cross borders and become an international issue. Furthermore, these conflicts often turned into a threat for the international community, which was the main reason (next to humanitarian and power purposes) for international intervention. A prominent example for a religious conflict with international consequences is the Iranian Revolution 1979, which had a huge impact on the Islamic world. Another good example for the relevance of religion in the international system are the activities of Al Qaeda, a political actor that seeks conflict and is motivated by religious means. Given the relevance of religion as a main factor in conflicts with international consequences, why has IR still not integrated religion as a key determinant in how it looks at world affairs?

"Religion's role in international relations has recently become an increasingly important analytical focus, not least because there seem to be more religious actors around than before" (Haynes 2005: 398). It is imperative, therefore, to give a broad overview of the major theories of IR that ought to include religion, as is argued by many authors.

Institutionalism, where Robert Keohane is one of the most important figures, assumes i.a. that there is an anarchical international system with self-interested rational acting states. Nonetheless, the theory's defining characteristic, which puts it in contrast to Realism, is that cooperation may be a rational option for countries to aspire. In addition, the theory suggests that international institutions can overcome the uncertainty that undermines cooperation. Therefore, when it comes to religion, Keohane is quite clear: It is necessary to broaden the theory, since the existing theoretical frameworks are not enough for in-depth understanding and he proposes a "synthesis of classical realism, institutionalism, and constructivism"

(Tickner 2005: 2). Ann Tickner, a leading feminist in IR, takes up Keohane's argument and calls for a theoretical upgrade. However, she remains in doubt about the specific instructions on how to do so.

Neorealism, where Kenneth Waltz (defensive realist: balance of power for stability) and John J. Mearsheimer (offensive realist: hegemony for survival) are the most well known ambassadors, also argues that the international system is defined by an uncertain state of anarchy and that there is a lack of central authority. In this system of anarchy, every state desires power (ideally hegemony) for survival, which is every state's main goal. Considering these assumptions, we find that neorealists have "no room for spiritualism in international politics" (Fox/Sandler 2004: 29).

However, is it true that Neorealism is the utmost resistant theory when it comes to accommodating religion or is there a way of integrating the latter without causing an ontological conflict in the theory? Neorealism, as Nukhet Sandal (2012) points out, was context-sensitive, which could be illustrated by Stephen Walt's 'balance of threat'. According to Walt's theory, a state's perception of threat greatly affects its behaviour. Moreover, since there is a direct correlation between a state's identity and the possible perception of its threat, it is imperative to include identity in the neorealist worldview. Given that religion largely shapes identity, one may also argue for its integration. Nukhet moreover states, that the U.S., for instance, perceive Iran's (an Islamic country) acquisition of nuclear weapons to be more dangerous than the hypothetical obtainment of the same missiles by Finland (a secular country).

Moreover, in classical realism (Morgenthau, Niebuhr), religion can also be integrated: Since this theory "recognizes the flexible nature of power [...], it is only expected that Religion is a natural part of his [Niebuhr] description of human nature and world affairs" (ibid).

Neoliberalism, (also founded by Keohane and Nye) strongly believes that cooperation is possible in an anarchic system through building common institutions, systems and norms, thus allowing for the latter in promoting international order. This theory

can interpret the importance of religion without big troubles, since it puts great value on transnational actors, among which religious figures are a part. Constructivism, which is “not a theory, but rather an ontology” (Slaughter 2011: 4), questions the variables with which scholars work, such as domestic preferences, military power, etc. The reason to dwell on these subjects is that they are linked to a specific given meaning (see *ibid*: 4). Since religion shapes the very variables constructivists seek to understand, it may be vital to integrate it to better comprehend state behaviour. Nukhet (2012) argues that constructivism can easily integrate religion, since it opens the door for questioning various issues, including religion’s meaning in the public sphere as well as the mutual influence between political and religious actors. According to the constructivist ‘logic of appropriateness’, which defines rationality as being greatly influenced through social norms (see Slaughter 2011: 4), one may argue that religion should be incorporated since it shapes social norms to a certain extent in every society. In addition, religion shapes another variable that constructivists question, namely history, since every state’s past included wars and conflicts based on religious motives.

In the end, I would like to conclude with some final thoughts: Will the academic debate on the ‘rebirth’ of religion in IR actually lead to its integration and how? What theory is the most welcoming and why? What consequences could such an integration have on the theoretical spectrum of IR? If some theories fail to integrate religion, what effects may this have in terms of its usefulness? Is it even possible for such new models, which include religion as a decisive factor in the international systems, to arise?

Haitham Abdelsamad focusses in his studies on International Relations and politics of religion.

Fox, J./Sandler, S. (2004): *Bringing Religion into International Relations*. Palgrave Macmillan, New York, pp. 1-8 and 163-180.

Fox, J. (2006): *The Multiple Impacts of Religion on International Relations. Perceptions and Reality*. In: *Religion and International Relations*, pp. 1-11, http://www.ifri.org/files/politique_etrange-re/4_2006_Fox.pdf (visited 28.05.2014).

Hatzopoulos, P./Petito, F. (eds.) (2003): *The Return from Exile: An Introduction*. In: *Religion in International Relations: The Return from Exile*. Palgrave Macmillan, New York, pp. 11-18.

Haynes, J. (2005): *Religion and International Relations after 9/11*. In: *Democratization* 12/3, Taylor and Francis, pp. 398-413.

Kubáľková, V. (2009): A ‘Turn to Religion’ in International Relations? In: *Perspectives: Central European Review of International Affairs* 17/2, Institute of International Relations, NGO, pp. 13-41.

Nukhet, A.S./Patrick, J. (2011): *Religion and International Relations theory: Towards a Mutual Understanding*. In: *European Journal of International Relations* 17/1, pp. 3-25.

Slaughter, A. (2011): *International Relations, Principal Theories*. In: Wolfrum, R. (ed.) *Max Planck Encyclopedia of Public International Law*. Oxford: Oxford University Press.

Sheikh, M. (2012): *How does religion matter? Pathways to religion in International Relations*. In: *Review of International Studies*, pp. 365-392.

Tickner, J.A. (2005): *On Taking Religious Worldviews Seriously*. School of International Relations University of Southern California.

Whose Crisis, Whose Recovery: Is Britain Broken?

Johnna Montgomerie and Daniela Tepe-Belfrage

The politics of recession and recovery dominate contemporary discussions on the British economy. Every new set of figures published sparks a debate on whether the UK has recovered from the 2008 financial crisis (see *Financial Times* 27.01.2014). The variety of opinions demonstrates the inability to discern whether the UK is moving out of – or into – a prolonged stagnation (see Hay 2013). For some, recovery has been achieved as economic growth is restored, even if it still relies on personal debt, consumer spending and asset-price inflation. For others, a continued dependence on finance-led growth is not recovery as there is no rebalancing away from the UK's dependence on finance and services toward manufacturing, creative industries or revitalising small and medium-sized enterprises. For still others, the very concepts of GDP growth, recession, and recovery are remnants of an old paradigm that cannot account for, for example, unpaid labour or the ecological limits of growth. In short, recovery is a fundamentally free-floating concept with no inscribed a priori understanding of what it entails. The difficulty of 'grasping' the recovery relates to its conceptual ambiguity (see Allon and Redden 2012); which locks in National Account concepts and measures of economic achievement (see Christophers 2011) that obscured the substantial financial and economic problems that created the most recent crisis and recession in the first place (see Watson 2014). It is becoming apparent that recovery does not speak for itself through strategically selected indicators of enhanced production or growth; rather it is something that needs to materialise in people's lived experience of 'the economy'. Such an approach challenges the established orthodoxy of equating

'recovery' with the end of recession. Also, it is clear that ideas of recovery enable, shape and limit understandings of how the UK economy can move forward. Uncovering this requires us to ask questions we have yet to find answers to: how to recover, how to grow, how to stabilise the economy?

Yet, in order to approach such questions we firstly have to look into the social dynamics of uneven recovery and ask: whose recovery, whose growth, whose economy? While the 'how' speaks to traditional social science objectives of understanding problems and potentially offering solutions; it is only the 'whose' that makes space for rethinking of recovery as everyday practice.

Such questions overall expose and question political priorities embedded in 'the recovery' debates. For example, the orthodox use in the singular of concepts like recovery, growth, production, consumption and investment do not capture the differentiated experiences of economic life across gender, racial groups, generations, or regions within the UK. To think about a single recovery rather than multiple trajectories of often competing recoveries is thus to silence some people's experience of economic life. We can already see that GDP growth can exist at the same time as a cost-of-living crisis because of the uneven (re)distribution of the burden of recession and gains from recovery, with women taking a particular heavy share of the costs (see Lister and Bennett 2010). Importantly, it is increasingly clear that we need a long-term solution to the environmental challenges that our current global economy creates. Addressing these problems requires more than just a return to growth and more extensive debate than the election cycle permits.

Recovering

Financialisation in the UK manifests as a complex interplay between global firms, namely in the banking industry, and state strategies pursued in the face of British economic decline. This means financialisation is a temporary fix rather than a genuine discovery of a new economic model (see Gamble 2010). The 2008 crisis showed this and we aim to look beyond the financialisation fix (see Lapavistas 2013) to discover more sustainable policies. However, much of the concept of financialisation contributed to our understanding of key transformations in the British economy; there are still many unanswered questions: Can (and should) the UK economy be restored at pre-crisis levels? (see Hay 2013) Are we encountering a much deeper socio-political crisis related to wealth and income inequality (see Lysandrou 2011), gender inequality (see Lister and Bennett 2010) and/or resource depletion and ecological limits? (see Elliott et al. 2008) Answering these questions requires innovative empirical and conceptual research into key differences in the temporalities of financialisation and its spatial configurations as well as the deeply uneven social dynamics of the financialisation in everyday life.

Political economy is a 'pre-disciplinary' approach to investigating the economy as social practice (see Jessop and Sum 2001). Feminist political economy interrogates the complex and multifaceted ways in which the economy takes shape through deeply gendered economic practices (see Elias 2013). Cultural economy explores the discursive creation of economic subjectivities, devices and networks which constitute and act-up individuals in order to make 'the economy' appear (see MacKenzie 2006).

Importantly, it was these bodies of research that first introduced the concept of financialisation and warned of its inherent instability (see Froud and Williams 2000). This is because they offer innovative ways of understanding and empirically investigating a range of pertinent issues: from the knowledge practices of UK policy elites to the radical rethinking of the economy as everyday-gendered-practice. By breaking down conceptual barriers like the micro,

macro and global, or formal and informal, and not accepting the universalising assumption of homo economicus these approaches are able to conceptualise the gendered nature of austerity (see Karamezzini and Rubery 2013), the uneven distribution of growth (see Green 2013) and the complexities of shifting financial and trade flows to the rest of the world (see Wansleben 2013).

For example, it is widely accepted that National Accounts or GDP growth measures are inadequate indicators of economic activity because they exclude unpaid labour and cannot account for more important measures of human progress like well-being. National Income and Products Accounts (NIPA) measures of economic activity were developed in the 1930s alongside econometric advances that made such techniques possible; however, it was always the case that the cycles of growth/crisis/recession/recovery became visible only in retrospect. The fact that GDP figures now dominate the economic imagination fails to acknowledge its anachronistic tendencies, which is why we cannot know where we are in the cycle. It is one thing to witness George Osborne, Ed Balls and Vince Cable fall out about how best to interpret the most recently published set of economic indicators – it is another to accept that the political elite are locked-in to their National Account framework. Ultimately these are all surface disagreements because whatever spin politicians put on new economic figures, these framing devices suggest that positive economic performance merely means positive growth performance that serve to silence alternative voices for whom economic priorities mean something else entirely.

Whose recovery?

Perhaps one of the clearest examples of the uneven distribution of costs of crisis and burden of recovery is the package of welfare reform introduced by the Coalition Government that seeks to reform 'Broken Britain'. In this case it is not the broken economy – unable to provide decent paying jobs – or the broken

financial markets – still in receipt of generous bailouts called Quantitative Easing and low interest rates to bolster their profits further to be fixed. Rather, Broken Britain is the rallying-cry of the coalition government's welfare reform agenda in the wake of financial instability and sluggish growth since the 2008 crisis to change the lifestyles of the poor. Indeed, the economic problems Britain is facing are understood as crucially enabled by a social and moral crisis encapsulated in the concept of Broken Britain (see Finlayson 2010).

The rhetoric of Broken Britain deploys the usual fond remembering of by-gone years when moral norms were apparently stable and universally accepted. Now, we are told, we face social decay at the hands of a growing underclass, with their welfare dependence and propensity for family breakdown, which affects us all. The causes of this decay and resulting crisis are, according to this logic, not rooted in political processes and economic relations but attributed to failures of individuals, who are ultimately responsible for their own fate and societal accountability is only a hindrance to achievement. As such, Conservatives announce individual responsibility and argue for cuts to state services, while calling for a policing and disciplining of the everyday lives of people, in particular those of the 'underclass'.

We now turn to look at the purported 'causes' of Broken Britain: welfare dependence and family breakdown – and what effects these discourses and policy practices have on single mothers – as the group in society which is disproportionally dependent on welfare and, by definition, effected of family breakdown. The idea that welfare dependency is responsible for a lack of aspirations is widespread and targeted at single mothers – with claims that single mothers would make a career out of the benefits system. The consequences of resulting welfare cuts and limiting access to welfare, especially for single mothers, have been widely publicised (see Lister and Bennett 2010). Rather than achieving the goal of 'getting people on their feet', the cuts to benefits and services combined with the ever-rising cost-of-living, especially childcare costs, only create more families

in despair. Yet, Broken Britain is more than 'just' a limiting of access and cuts to welfare: It indicates a drastic change in the perception of the 'deserving poor'. Single women with dependent children have been long considered worthy of welfare support, but Broken Britain breaks with this tradition.

The flagship project to address Broken Britain is the Troubled Families Programme, designed to 'turn around' the lives of the up to 120,000 families in Britain. Troubled families are those involved in youth crime or antisocial behaviour, have children who are regularly truanting, have an adult on out-of work benefits and are said to cost the public sector large sums in responding to their problems. Importantly, it is by no means clear how these numbers are collated to get the 120,000 families. Indeed, Freedom of information requests to central government and the ten councils with supposedly the most Troubled Families Liverpool, Manchester, Essex, Lancashire, Kent, Bradford, Norfolk, Sheffield, York and Leeds have, so far (some still outstanding) shown that most local governments do not even collate statistics on the composition of the 'troubled' families. Yet, given the 'family breakdown' polemic, single mother households are no doubt overrepresented among the troubled families. The programme encourages councils via financial rewards to appoint dedicated case-workers to individual 'failing' families helping them to change their lives. Individuals are blamed for their 'failures' and structural factors or the larger socioeconomic context, such as health related issues, poverty or poor housing, are ignored.

Taken together cuts to welfare, limitations to access welfare and intensive teaching and monitoring of the poor are meant to discipline the poor. Poor women, in particular single mothers, are particularly affected by these policies and suffer the most from the almost entire neglect of structural factors of poverty. The focus on Broken Britain shifts the attention of the causes of crisis from problems associated with financialisation to the lifestyles of the poor. Recovery here is certainly not a recovery for the poor who are chosen to carry the burden of the costs of crisis.

Conclusion

Recovery is a contested idea. On the one hand economic recovery can be a positive notion where the UK returns to health and strength; on the other hand, recovery can be a pessimistic notion in which the UK does not learn from the mistakes of the past or address the challenges of the future – negating any notion of progress. Recovery simply understood in terms of a return to GDP growth – at whatever rate – masks more than it reveals; because to consider a return to pre-crisis growth, a success does nothing to rethink the central economic issues that face British economy and society.

With this in mind we are able to discover new possibilities for economic, political and cultural innovation. We need to widen out the conversation in order to move the debate about the UK recovery forward. We need to ‘discover’ the viability of new voices offering alternative accounts of Britain’s problems and new ways of thinking about how to solve them. This begins by seeking to develop an interdisciplinary program of research to move the debate from a ‘recovery’ from financialisation to a ‘discovery’ of potential futures for the UK economy. By framing our uncertain future in terms of discovery we explore the wider social crisis of growing inequality and falling standards of living as well as new ways out of long-term predicaments like the poverty of women and children without returning or falling-back on economic fundamentals. We are committed to developing forms of knowledge that break with this growth obsession and that allow multiple voices capable of narrating the sense of economic struggle to be heard once again.

Johnna Montgomerie is a Lecturer in Economics at Goldsmiths, University of London.

Daniela Tepe-Belfrage is a Faculty Research Fellow and Lecturer in Politics at the University of Sheffield.

Allon, F./G. Redden (2012): *The Global Financial Crisis and the Culture of Continual Growth*. In: *Journal of Cultural Economy* 5(4), pp. 375-90.

Christophers, B. (2011): *Making finance productive*. In: *Economy and Society* 40(1), pp. 112-40.

Elias, J. (2013): *Davos woman to the rescue of global capitalism: Postfeminist politics and competitiveness promotion at the World Economic Forum*. In: *International Political Sociology* 7(2), pp. 152-169.

Elliott, L./R. Murphy/T. Juniper/J. Leggett/C. Hines/C. Secrett/C. Lucas/A. Simms/A. Pettifor (2008): *A Green New Deal: joined-up policies to solve the triple crunch of the credit crisis, climate change and high oil prices*. London: New Economics Foundation.

Finlayson, A. (2010): *The broken society versus the social recession: How should we approach the problems of a post-crash Britain?* In: R. Grayson/J. Rutherford (eds.): *After the Crash: Reinventing the Left in Britain*. London: Lawrence and Wishart, pp. 27-37.

Froud, J./K. Williams (2000): *Shareholder Value and Financialisation Consultancy Promises, Management Moves*. In: *Economy and Society* 29(1), pp. 80-110.

Gamble, A. (2010): *The Political Consequences of the Crash*. In: *Political Studies Review* 8(1), pp. 3-14.

Green, J. (24.09.2013): *The politics of quantitative easing: ‘recovery’ through regressive redistribution*. <http://speri.dept.shef.ac.uk/2013/09/24/politics-quantitative-easing-recovery-regressive-redistribution/>, (accessed 12.12.2013).

Hay, C. (2013): *The Failure of Anglo-liberal Capitalism*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Jessop, B./N. L. Sum (2001): *Pre-disciplinary and Post-disciplinary Perspectives*. In: *New Political Economy* 6(1), pp. 89-101.

Karamessini, M./J. Rubery (2013): *Women and Austerity: The Economic Crisis and the Future for Gender Equality*. Abingdon: Routledge.

Lapavistas, C. (2013): *Profiting Without Producing*. London: Verso.

Lister, R./F. Bennett (2010): *The new ‘champion of progressive ideals’? Cameron’s conservative Party: poverty, family policy and welfare reform*. In: *Renewal* 18(1/2), pp. 84-109.

Lysandrou, P. (2011): *Global inequality as one of the root causes of the financial crisis: a suggested explanation*. In: *Economy and Society* 40(3), pp. 323-44.

MacKenzie, D. (2006): *An Engine, Not a Camera: How Financial Models Shape Markets*. Cambridge MA: MIT Press.

Mirowski, P. (2013): *Never Let a Serious Crisis Go to Waste: How Neoliberalism Survived the Financial Meltdown*. London: Verso Books.

Wansleben, L. (2013): *Dreaming with BRICs: Innovating the classificatory regimes of international finance*. In: *Journal of Cultural Economy* 6(4), pp. 453-71.

Die unsichtbare Krise der verdrängten Reproduktion

Gabriele Michalitsch

Über Erwerbsarbeit diffundierte die Finanz- und Wirtschaftskrise in die Gesellschaft. Mit steigender (Langzeit-)Arbeitslosigkeit weiten sich sozioökonomische Ungleichheiten, Armut und soziale Deprivation aus, soziale Hierarchisierung und Marginalisierung, wie sie gesellschaftliche Desintegrationsprozesse charakterisieren, nehmen zu. Die im Zuge neoliberaler Transformation vorangetriebene Differenzierung von Arbeitsverhältnissen und Einkommen – nicht zuletzt zwischen den Geschlechtern – bei steigender Erwerbslosigkeit, führte bereits vor der Krise zu sozialer Polarisierung, die sich seit 2009 erheblich verstärkte und immer größere Bevölkerungsgruppen von gesellschaftlicher Teilhabe ausschließt.

Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen, Reallohnsenkungen, Verschlechterung von Arbeitsbedingungen, Erhöhung von Leistungs- wie Flexibilitätsanforderungen und zunehmende Externalisierung unternehmerischen Risikos an die Arbeitskräfte, etwa durch auslastungsbezogene Entgeltsysteme oder Auftragsvergabe an Neue Selbstständige, treffen, wie die Entwicklung der letzten Dekaden ebenso wie der bisherige Krisenverlauf zeigen, Frauen überproportional. Dies manifestiert sich an einem weitgehend geschlechtlich gespaltenen Arbeitsmarkt, der zunehmend in einen männlich dominierten Kernarbeitsmarkt und einen weiblichen, marginalisierten Arbeitsmarkt zerfällt. In diesen marginalisierten Arbeitsmarkt herrschen atypische, überwiegend prekäre Beschäftigungsverhältnisse vor, die mit vergleichsweise hoher Arbeitsplatzunsicherheit, niedrigen Löhnen, fehlenden Aufstiegschancen sowie mangelnder sozialer Sicherheit einhergehen und vielfach keine unabhängige Existenzsicherung ermöglichen. Sie bestimmen nicht zuletzt Machtverhältnisse im ‚Privaten‘ und stützen

die Zuweisung von Reproduktionsarbeit an Frauen, denn vor allem im Hinblick auf die Höhe des Haushaltseinkommens scheint die Einschränkung oder Unterbrechung weiblicher Erwerbstätigkeit etwa zugunsten von Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen auch ökonomisch folgerichtig.

Dabei avanciert der private Haushalt im Krisenkontext zum Hort (scheinbarer) Stabilität und Sicherheit, der nicht nur ein Minimum sozialer Kohäsion gewährleisten, sondern letztlich das Überleben aller sichern soll. Einkommensrückgänge infolge von Erwerbslosigkeit oder Prekarisierung ebenso wie Ausgabenkürzungen im öffentlichen Sektor, vor allem bezüglich des Dienstleistungsangebots im Sozial- und Gesundheitsbereich, erhöhen den Druck auf die private, nach wie vor primär Frauen zugewiesene Versorgungsökonomie, diese Versäumnisse durch mehr Eigenleistungen auszugleichen. Vermehrte Reproduktionsarbeit aber wirkt in weiterer Folge auf Ausmaß und Kontinuität vorrangig weiblicher Arbeitsmarktpartizipation, stützt somit die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung mit allen sie begleitenden Ungleichheiten und verstärkt Machtasymmetrien zwischen den Geschlechtern.

Die dem neoliberalen Postulat entsprechend als ‚eigenverantwortlich‘ definierten privaten Haushalte (insbesondere der Mittel- und Oberschicht) lagern aber vor allem Pflege- und Betreuungsleistungen, die sich im formalen Marktsegment als kaum leistbar erweisen, im Zuge neoliberaler Restrukturierung vielfach an Migrantinnen im informellen Sektor aus. Gerade dieser informelle Sektor erweist sich infolge fehlender Arbeits- und Sozialrechte als völlig ungeschützt und folglich besonders flexibel. Krisenbedingt sinkende Haushaltseinkommen führen auch zur Reduktion solch informeller Beschäftigung zugunsten unbezahlter Reproduktionsarbeit von

Frauen, mit entsprechenden Rückwirkungen auf das Ausmaß weiblicher Arbeitsmarktteilnahme, während die gesellschaftlich besonders benachteiligte Gruppe der Migrantinnen weiter marginalisiert wird. Erwerbslosigkeit von Frauen, der zunehmend prekäre und informelle Charakter weiblicher Beschäftigung sowie vermehrte unbezahlte Reproduktionsarbeit verstärken sozioökonomische Geschlechterhierarchien vor allem im Hinblick auf Arbeitsmarktstatus, Einkommen und soziale Sicherheit. Kaum Existenz sichernde Einkommen, mangelnde soziale Absicherung, erhöhte Armutsgefährdung und damit verbundener gesellschaftlicher Ausschluss bestimmen in der Krise folglich verstärkt vor allem weibliche Lebensverhältnisse. Solch geschlechtsspezifische Kriseneffekte und die Krise der Versorgungsökonomie werden im politischen wie wissenschaftlichen Diskurs jedoch weitgehend de-thematisiert – und damit gesellschaftlicher Wahrnehmung und Anerkennung entzogen. Diese diskursive Verdrängung der Reproduktion fügt sich in die ökonomische Tradition. Während die Hauswirtschaft des oikos im Zentrum vormodernen ökonomischen Denkens stand, fokussiert moderne Ökonomik vorrangig auf die Sphäre des Tausches, den Markt (1). Dabei wird unbezahlte Reproduktionsarbeit stets vorausgesetzt und implizit deren Unbegrenztheit angenommen. Infolgedessen wird dem Haushalt explizite ökonomische Relevanz bloß im Hinblick auf Konsum und Arbeitsangebot zugesprochen, nicht aber als Ort der Güter- und Leistungsproduktion, denn differenziert werden hierbei lediglich Erwerbsarbeit und Freizeit; Reproduktionsarbeit bleibt im Allgemeinen ausgeblendet (2). Zugleich steht die Reproduktion für eine dem herrschenden Ökonomieverständnis konträre Logik der Sorge: Ziel des Wirtschaftens ist hier nicht Profit, sondern Versorgung. Inhärenter Maßlosigkeit unendlicher Markt-Bedürfnisse steht Begrenztheit gegenüber, individueller Nutzenmaximierung soziale Eingebundenheit, Autonomie Abhängigkeit des (Wirtschafts-)Subjekts von anderen. Schließlich erweist sich Reproduktionsarbeit, die in hohem Maße Beziehung und Emotionalität einschließt, als nur begrenzt tauschbar. Der Reproduktionssektor

stellt demnach ein Modell alternativen Wirtschaftens dar, das gänzlich anderen Kriterien folgt als der Markt. Dieser grundlegende Widerspruch zwischen Erwerbs- und Versorgungsarbeit wird als persönliche Freiheit der Wahl politisch formuliert und individualisiert, als wesentlicher struktureller Anker gegenwärtiger hierarchischer Geschlechterordnung ebenso wie hinsichtlich seiner ökonomischen Relevanz jedoch gesellschaftlich unsichtbar gemacht.

Gabriele Michalitsch ist Habilitantin am ipw, mit den Forschungsschwerpunkten Politische Ökonomie, Feministische Ökonomie, und Politische Theorie.

Anmerkungen:

- (1) Selbst deren prominentester Kritiker, Karl Marx, rückte den Bereich der Produktion ins Zentrum der Analyse, Reproduktionsarbeit hingegen blendet auch er weitgehend aus, obgleich Reproduktionswert und Mehrwert – und folglich Ausbeutung – in engem Verhältnis zueinander stehen, doch in den Reproduktionswert geht Reproduktionsarbeit nicht als Wert ein.
- (2) Sofern Reproduktion explizit thematisiert wird, wird sie nicht als Arbeitsbereich und als außerökonomisch gefasst. Dies zeigt sich auch im wirtschaftspolitischen Kontext und einem der wichtigsten makroökonomischen Indikatoren, dem Bruttoinlandsprodukt.

Rechtsextreme Konglomerate – Bündnispolitiken am rechten Rand der Europäischen Union

Julian Bruns, Kathrin Glösel und Natascha Strobl

In den vergangenen sieben Jahren bildeten sich auf EU-Ebene diverse Bündnisse, die sich von konservativ bis rechtsextrem einordnen lassen und die als Fraktionen im Europäischen Parlament (EP) Politik mitgestalten – wenn auch mit bisher marginalem Einfluss.

Waren rechtsextreme Parteien seit den 1990er Jahren noch mit Selbstfindungs- und Institutionalisierungsprozessen auf Nationalstaatsebene beschäftigt, nutzten sie die erfolgte Mobilisierung seit den frühen 2000er Jahren, um grenzüberschreitend Synergien zu bilden. Die Parteien, die die Bündnisse und folglich gegründeten Fraktionen mittrugen, zeigten sich unterschiedlich kooperativ miteinander, was wohl unter Anderem dem herrschenden Nationalchauvinismus der Akteur_innen zu verdanken ist und zu Zerwürfnissen und Neugründungen führte. Im Folgenden sollen die bekanntesten dieser Bündnisprojekte gegenübergestellt werden (1).

Von ITS zur EAF

Das früheste Projekt in der Liste bildete die sehr kurzlebige Fraktion Identität, Tradition, Souveränität (ITS), die 2007 gegründet wurde und nach nur zehn Monaten zerbrach. Sie bestand aus 23 EP-Abgeordneten und wurde von der Großrumänienpartei (PRM), dem Vlaams Belang aus Belgien, der Ataka aus Bulgarien, einem Abtrünnigen der United Kingdom Independence Party (UKIP) aus Großbritannien, der FPÖ, dem Front National (FN) aus Frankreich sowie zwei Abgeordneten aus Italien – Luca Romagnoli von der Fiamma Tricolore und Alessandra Mussolini von der Popolo della Libertà (PdL) – getragen.

Die roma-feindliche Haltung Mussolinis, die diese auf alle Rumän_innen übertrug, indem sie sie als „Kriminelle“ und „Zigeuner“ (Schiedel 2013, 7) beschimpft hatte, führte dazu, dass die PRM aus dem Bündnis austrat. Ohne sieben Mitgliedsländer keine Fraktion, die ITS löste sich auf.

Beweis für Spaltungsbewegungen sind die 2009 als Kontrahentinnen gegründeten Bündnisse Europäische Allianz der Nationalen Bewegungen (EABNB) und das Europa der Freiheit und Demokratie (EFD). Waren in ersterer die Jobbik aus Ungarn, der FN und die British National Party (BNP) beteiligt, versuchten die Parteien aus dem EFD Distanz zu ihnen zu halten, um nicht in ein ‚extremistisches‘ Eck gestellt zu werden, da vor allem die Politik der Jobbik zu dieser Zeit eine ablehnende Berichterstattung erfuhr. Im EFD organisierten sich – mit wandelnden Abgeordnetenzahlen – die UKIP, die Lega Nord aus Italien, die Finnen (zuvor die Wahren Finnen), die Solidarne Polska, die Ataka und die Slowakische Nationalpartei (SNS). Ein interessanter Aspekt: Mit der FPÖ wollte zwar keine der beiden Fraktionen etwas zu tun haben, diese nutzte jedoch die Zeit, um selbst an einem neuen Bündnis zu arbeiten, dass sich aus den verlässlichsten Kräften der beiden speisen sollte. 2010 initiierte der ehemalige UKIP-Abgeordnete Godfrey Bloom die Europäische Allianz der Freiheit (EAF), die 2011 als EU-Fraktion im EP anerkannt wurde. Vorangetrieben wurde das Projekt von der FPÖ und dem FN. Dem quasi-konstituierenden Treffen der EAF in Wien im November 2013 ging eine intensive Beziehungsarbeit voraus. Denn Marine Le Pen vom FN war klar, dass die einst enge Zusammenarbeit mit der Jobbik, wie sie von ihrem Vater und Vorgänger Jean-Marie Le Pen vorangetrieben

und in der EANB institutionalisiert war, nicht öffentlich vertretbar war. Auch von Parteien wie der NPD, zu der die FPÖ durchaus Kontakte pflegt (2), nahm man Abstand. Der FN ist besonders spannend, wie ein Blick auf seine Erfolge bei den Lokalwahlen am 23.03.2014 zeigt. Es ist zu erwarten, dass der FN auch ein starkes Ergebnis bei den EU-Wahlen erzielen wird, wobei die wie auch bei den Lokalwahlen traditionell geringe Wahlbeteiligung helfen kann. Die Partei um Marine Le Pen gibt sich seriöser als noch unter Marines Vater, wenngleich ihre Themen typisch für eine rechtsextreme Partei sind: geringere Einwanderung, Abschaffung des Euro und Wiedereinführung der Todesstrafe (vgl. *sueddeutsche.de* 26.03.2014). Dem FN ist es in den letzten Jahren gelungen, den politischen Diskurs in Frankreich immer weiter nach rechts zu verschieben, was beispielsweise die rassistische Politik Sarkozys gegenüber den Roma zeigt. Diese einflussreiche Position in Frankreich macht den FN auch zu einer wichtigen Figur in der EAF. Gegenwärtig gehören neben FPÖ und FN der Vlaams Belang, die Lega Nord, die Schwedendemokraten, die SNS und die Partei der Freiheit (PVV) aus den Niederlanden unter der Frontfigur Geert Wilders zu den tragenden Parteien der EAF. Die dänische Volkspartei ist derzeit noch distanziert – sie will nicht zu eng mit der FPÖ in Verbindung gebracht werden (vgl. *profil.online* 09.11.2013). Die Parteien – und ebenso die Bündnisse – eint ihre Ablehnung supranationalistischer Politik, die sie in Bezug auf die EU als „Bonzokratie“ (Schiedel 2013, 6) darstellen. Das äußert sich beispielsweise in Wortmeldungen von Andreas Mölzer (FPÖ), der den Gesetzes- und Bürokratieapparat der EU als schlimmer als jene im Nationalsozialismus darstellte und letzteren damit nivellierte. Was Charles de Gaulle einst als ‚Europa der Vaterländer‘ beschwor, kehrt jetzt als ethnopluralistisch und völkisch gedeuteter ideologischer Bumerang zurück. Die Bündnisse eint ihre Darstellung von Europa als überhöhte Idee, als Quasi-Schicksalsgemeinschaft, einst im Antikommunismus gegen die UdSSR, nun in der Manier antimuslimischen Rassismus. Trotz der wahltaktischen Zusammenarbeit gibt es kein einheitliches Europa- bzw. EU-Konzept der Parteien. Es können jedoch drei Perspektiven

unterschieden werden: die nationalstaatliche, die ein Europa der gestärkten Nationen möchte (z.B. FN und FPÖ), die neoimperiale, die Europa als Gegengewicht zu den USA sieht (z.B. NPD) und die regionale; letztere fordert vor allem ein Europa der gestärkten Regionen (vgl. Bruns et al. 2014).

Gegenbündnis mit NPD und Co.

In Deutschland hat sich die Situation für kleinere bzw. Kleinstparteien kurz vor der Wahl durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes deutlich verbessert. Das Gericht kippte die Dreiprozenthürde, die bislang notwendig war, um ins EU-Parlament einzuziehen. An der Klage, die zu dem Urteil geführt hatte, war unter anderem die NPD beteiligt. Sie verspürt nun Aufwind und bemüht sich verstärkt um internationale Vernetzung angesichts eines möglichen Einzugs mit ein bis zwei Mandaten ins EP. Teil dieser Strategie war der sogenannte „Europakongress“, den die Jugendorganisation der NPD Junge Nationaldemokraten (JN) am 22.03.2014 in Kirchheim bei Leipzig ausgerichtet hatte. Als internationale Gäste waren Vertreter jener Parteien und Organisationen eingeladen, die den Parteien der EAF zu offen rechtsextrem erscheinen; Olaf Rose, zweiter auf der NPD-Liste für die EU-Wahl, nennt es das „zweite Bündnis der nationalen Kräfte“ (*zeit.online* 26.03.2014). Es besteht aus Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte, Griechenland), Blocco Studentesco (Italien), Identitäre Bewegung Deutschland (IBD), Nordisk Ungdom (Schweden), Nationalistische Studentenvereinigung (NSV!, Flandern), Danskernes Parti (Dänemark), Europäische Aktion, (Dělnická mládež, Tschechien), Svenskarnas parti (Partei der Schweden), Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) sowie Nick Griffin von der British National Party (BNP) und die NPD-Granden Olaf Rose und Udo Voigt. Die Goldene Morgenröte konnte aufgrund der gegen sie laufenden Verfahren wegen Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung, Mord und Gewalt gegen Migrant_innen nicht in Kirchheim erscheinen (vgl. *zeit.online* 26.03.2014). Ursprünglich

sollte auch der paramilitärische Rechte Sektor aus der Ukraine in Kirchheim sein, ihm wurde allerdings ebenso die Ausreise verweigert. Interessant ist, dass mit der Nordisk Ungdom und dem NSV! auch zwei Organisationen am ‚Kongress‘ teilgenommen haben, die sich im Umfeld der Schwedendemokraten und des Vlaams Belang bewegen, zwei Parteien also, die Teil der EAF sind. Das zeigt, dass es keine prinzipielle ideologische Distanz der Parteien der EAF zu NPD und Co gibt, sondern dass es sich um reine Strategie handelt. Diese forciert vor allem der FN, der auch die FPÖ nur aufgrund ihrer Größe und Funktion als Vernetzerin duldet. Die teilnehmenden Parteien und Organisationen des ‚Europakongresses‘ versprechen sich von einer Zusammenarbeit neue finanzielle Ressourcen und Vernetzung: Pro Mandat erhält eine Fraktion 40.000 EUR Zuschuss von der EU. Das ist gerade für die finanziell arg bedrängte NPD mehr als willkommen, zumal ein EU-Mandat auch als Argument gegen das Verbot der Partei dienen könnte (vgl. *zeit.online* 26.03.2014). Für NPD und die JN stellte das Treffen in Kirchheim auch die Möglichkeit dar, von anderen erfolgreichen Organisationen zu lernen und sich zu modernisieren. So kann der Blocco Studentesco, Schüler_innen- und Studierendenorganisation der neofaschistischen Casa Pound, einen Wahlerfolg von 28 % im Jahr 2009 bei den Hochschulwahlen vorweisen. Das ‚Haus Montag‘ der Pirnaer NPD versucht in Stil und (Internet-) Auftritt Anleihen an die Hausprojekte von Casa Pound zu nehmen (vgl. *antifainfoblatt* 26.03.2014). Ärger gab es dagegen mit der Identitären Bewegung Deutschland (IBD). Die IBD verlautbarte am 28.02.2014 auf Facebook, dass sie an diesem Kongress der JN nicht teilnehmen werde, da sich hier eine Szene treffe, „deren Ideologie wir nicht teilen“ (3). Die Veranstalter_innen selbst beharren aber darauf, dass Vertreter_innen der Identitären anwesend waren (vgl. *JN* 24.03.2014).

Die (angestrebten) rechten Bündnisse zeigen, dass rechtsextreme Parteien und Organisationen trotz zum Teil widersprüchlicher inhaltlicher Auffassungen bereit sind, diese Differenzen zumindest temporär beiseite zu legen, um gemeinsam eine stärkere Position der Rechten innerhalb Europas

zu erreichen. Neu ist, dass nach dieser Wahl auch Parteien wie die NPD mit ihrer besonders offen zur Schau gestellten rechtsextremen Ideologie über ein oder zwei Mandate verfügen können, die aufgrund ihrer geringen Größe keine Rolle im EP spielten.

Julian Bruns ist Skandinavist und Rechtsextremismusexperte, Kathrin Glösel studiert Politikwissenschaft und Geschichte und Natascha Strobl ist Politologin, Skandinavistin und Rechtsextremismusexpertin.

Anmerkungen:

- (1) Um eine Fraktion im EP zu gründen bedarf es 25 Abgeordneter (bis 2009 19) aus einem Viertel (also sieben) der Länder. Einen guten Überblick bietet auch Schiedel, Heribert (2011): *Extreme Rechte in Europa*. Wien: Edition Steinbauer.
- (2) Als Beispiel u.a. Stoppt die Rechten, FPÖ: Dickes Lob von der NPD. <http://www.stopptdierechten.at/2012/01/27/fpo-dickes-lob-von-der-npd/>, (Zugriff: 25.03.2014).
- (3) Identitäre Bewegung Deutschland, https://www.facebook.com/identitaere/posts/752368261447902?stream_ref=10, (Zugriff: 27.03.2014).

Antifaschistisches Infoblatt (24.03.2014): *Mehr Schein als Sein. Casa Pound Phantasien in Pirna*. <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/mehr-schein-als-sein>, (Zugriff: 26.03.2014).

Bruns, Julian/Kathrin Glösel/Natascha Strobl (2014): *Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa*. Münster: Unrast Verlag.

JN (24.03.2014): *Ja zu Europa! Europäische Rechte rücken zusammen*. <http://aktion-widerstand.de/ja-zu-europa-europaeische-rechte-ruecken-zusammen/>, (Zugriff: 26.03.2014).

Lahodynsky, Otmár (09.11.2013): *EU-Wahlen. Die nationalistische Internationale unter Führung der FPÖ*. <http://www.profil.at/articles/1345/560/369163/eu-wahlen-die-internationale-fuehrung-fpoe>, (Zugriff: 25.03.2014).

Schmidt, Robert (22.03.2014): *Wenn Nationalisten von Europa reden*. <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-03/npd-europawahl-europakongress-rechtsextremisten-thueringen>, (Zugriff: 26.03.2014).

Schiedel, Heribert (2013): *Die extreme Rechte vor der EU-Wahl*. In: *Zukunft. Die Diskussionszeitschrift für Politik, Gesellschaft und Kultur* 12, 6-12.

Volkert, Lilith (24.03.2014): *Front National feiert sich als dritte Kraft*. <http://www.sueddeutsche.de/politik/kommunalwahl-in-frankreich-front-national-feiert-sich-als-dritte-kraft-1.1920385>, (Zugriff: 26.03.2014).

„Ich propagiere überhaupt nicht den Filzmeier!“

Interview mit Thomas Schmidinger

Stell dir vor, du bist noch einmal jung, kommst wieder nach Wien. Würdest du wieder Politikwissenschaften studieren?

Mit meinem heutigen Wissen würde ich nur den Bachelor hier machen. Ich habe mit dieser starken Verschulung Probleme und blöderweise kenne ich amerikanische Unis und weiß wie Betreuungsverhältnisse aussehen können. Ich glaube, wir stehen an der Uni Wien vor allem in den größeren Fächern leider nicht sehr gut da. Außerdem sehe ich mit der Umstellung auf die dreigliedrige Bologna-Architektur nicht mehr ganz den Sinn des Masters auf den Bachelor, weil der Master keine wirkliche Spezialisierung mehr bietet, sondern eine Teilwiederholung des Bachelors. Mein ehemaliges Studium war für Leute, die sich selbst organisieren und ihre Interessen auch weiterverfolgen besser, als das, was wir jetzt haben.

Gibt es Verbesserungsvorschläge für den Master und wie sieht das in den USA aus?

Es stellt sich die Frage, wie systemsprengend diese Verbesserungsvorschläge sein sollen. Wenn wir die dreigliedrige Bologna-Architektur beibehalten, dann müssen wir uns überlegen, wie wir aufbauend auf den Bachelor Spezialisierungen anbieten und nicht nur das Gelernte wiederholen, sondern wirkliche Vertiefungen bieten. In den USA ist der Master im Wesentlichen eine Spezialisierung hin zu einem Berufsfeld, also sehr praxisnah, während der PhD wirklich zum wissenschaftlichen Arbeiten qualifiziert. Die Studierenden gehen direkt nach dem Bachelor in den Master oder in den PhD. So wie wir das haben, ist der PhD noch immer drauf gesetzt auf den Master, der nicht Fisch und nicht Fleisch ist. Bei uns in Wien ist es so, dass der Master mit irgendeinem anderen Bachelor möglich ist und daher sehr viel nachgeholt werden muss und man nicht wirklich aufbauen kann. Aber das ist nicht nur ein Problem der Politikwissenschaft. Die Uni Wien hat generell



das Problem, dass die Master-Studien schlecht besucht sind und in Wirklichkeit die meisten nach dem Bachelor aufhören oder ins Ausland gehen.

Dein Verbesserungsvorschlag wäre also zumindest mehr spezialisierte Master-Studien anzubieten?

Entweder mehr spezialisierte Studien, die in eine Berufsausbildung gehen, dann müssten wir aber für jene, die weiter wissenschaftlich arbeiten wollen, einen längeren PhD direkt nach dem Bachelor dranhängen, wie z.B. in den USA einen fünfjährigen, für den aber kein Master erforderlich ist. Es macht keinen Sinn einen Master für europäische Politik machen zu müssen, etwa mit einer Ausbildung für Brüssel, um danach erst den PhD machen zu dürfen. Eine gemeinsame Grundausbildung in einem guten Bachelorstudiengang macht aber Sinn. Hier gibt es auch einige Verbesserungsvorschläge, weil der Bachelor mittlerweile den Ruf hat ein einfaches Studium zu sein und damit entwertet wird. Nach dem Bachelor müsste man sich entscheiden: Will ich in die Wissenschaft gehen, dann muss es eine gute Begleitung in den PhD geben, oder eben in Richtung Berufsausbildung.

Macht es überhaupt Sinn Politikwissenschaften zu studieren?

Meiner Meinung nach schon, wenn man bereit und willens ist, sich zusätzliche Qualifikationen zu besorgen, nicht nur in Lehrveranstaltungen sitzt und nicht nur irgendwie eine Note bekommt. Das Problem ist nicht, dass wir so viele Studierende haben, sondern so wenige Lehrende. Wir haben keine prüfungsimmanente Lehrveranstaltung mehr unter 50 Personen. Wer wirklich etwas mitnehmen will, muss selbst-organisiert viel lesen und mit anderen Studierenden diskutieren. Ich glaube, so kann vom Bachelor-Studium noch einiges herausgeholt werden. Wir haben auch teilweise wirklich gute Lehrende, die sich, bei den derzeitigen Rahmenbedingungen, sehr bemühen. Nicht alle, aber sehr viele.

Stimmst du der Aussage zu, dass es in Österreich wenige Jobaussichten für PolitikwissenschaftlerInnen gibt?

Als PolitikwissenschaftlerInnen ja, aber das heißt nicht, dass wir grundsätzlich wenige Jobs bekommen. Es hat einmal eine kleine Umfrage gegeben bei AbsolventInnen und da schneiden wir gar nicht so schlecht ab. Wir sind UniversalistInnen vom Studium her. Unsere AbsolventInnen landen bei Behörden, bei Parteien, bei NGOs, in den Medien, auch in der Wirtschaft, in unterschiedlichen Bereichen. Jene, die wirklich als PolitikwissenschaftlerInnen in irgendeiner Form wissenschaftlich weiterarbeiten, als Forschende oder/und Lehrende, das sind aber auf Dauer sehr wenige. Es gibt wenige unbefristete Jobs auf Unis, einige wenige auch auf Fachhochschulen. Das Weiterhanteln von einem Forschungsprojekt zum nächsten und von einem Lehrauftrag zum nächsten ist finanziell nicht lukrativ und bedeutet keine soziale Absicherung. Aber das heißt nicht, dass die Jobaussichten nach dem Studium grundsätzlich schlecht sind. Also die meisten von meinen Studis, die ich so begleitet habe, arbeiten halt in unterschiedlichen anderen Stellen, aber nicht in der Wissenschaft.

Was ist in Österreich der Grund dafür, dass es diese klassische Koppelung von Politikberatung und Politikwissenschaft nicht gibt? Es gibt in Österreich doch die lange Tradition von politischen Lagern

und PolitikberaterInnen oder PolitikwissenschaftlerInnen im Umfeld von Politik, also bestimmte Interessensgruppen, wie Arbeiterkammer, Industriellenvereinigung, etc.

Also erstens erscheint mir die politische Klasse in Österreich weitgehend beratungsresistent zu sein und dieses Lagerdenken bricht auch ein bisschen auf. Natürlich könnte man sagen, theoretisch sind die alten Bildungsinstitutionen der Parteien, das Renner-Institut, die politische Akademie der ÖVP, die GBW etc. auch so etwas wie Think-Tanks der Parteien. Dort geschieht aber so etwas wie Forschung nur ganz marginal. Zum Großteil sind sie eher Schulungsinstitutionen für PolitikerInnen. Es gibt zwar immer wieder PolitikwissenschaftlerInnen, denen irgendwas ein wenig gefördert wird – ich habe auch schon etwas am Renner-Institut und der GBW gemacht –, aber als Institutionen forschen sie nicht. Hinzukommt das Problem, dass Österreich kein außenpolitisches Interesse mehr hat.

Haben die PolitikwissenschaftlerInnen vielleicht selbst auch zu wenig getan um sich zu etablieren? In Deutschland gibt es Gemeinschaftskunde mit PolitikwissenschaftlerInnen als eigenständiges Fach in Schulen. Wäre das nicht auch ein Tätigkeitsfeld für PolitikwissenschaftlerInnen in Österreich?

Das würde ich definitiv unterschreiben. Wir haben uns selbst in diese Situation begeben. Also dort wo es politische Bildung als eigenständiges Fach gibt, wie an polytechnischen Schulen, ist keinE PolitikwissenschaftlerIn zu finden. Das sind meistens Geschichte-LehrerInnen. Und auch diese Hefte für Politische Bildung für LehrerInnen werden meist von HistorikerInnen gemacht. Ich hab da letzthin einen Beitrag geschrieben. Aber viele PolitikwissenschaftlerInnen findet man dort nicht. Ich glaube das hängt mit der Schule zusammen, nicht mit der Qualität des Politikwissenschaftsstudiums. Die Geschichte war es schon gewohnt Geschichte-LehrerInnen auszubilden. Der Lehrberuf ist ein sehr spezifischer und die Schule ist ein sehr spezifisches Biotop. Wir haben nie LehrerInnen ausgebildet. Auf die Idee, das zu tun und didaktische Überlegungen anzustellen, ist eigentlich fast nie jemand gekommen. Warum das

so ist, weiß ich nicht; das müssten wir die fragen, die vor 20 Jahren das Sagen gehabt haben. Mittlerweile ist der Zug abgefahren. Die HistorikerInnen sitzen darauf.

Als ich angefangen habe zu lehren, war der Unterricht für Politische Bildung schon von HistorikerInnen besetzt. Die verspätete Etablierung der Politikwissenschaft in Österreich spielt sicher eine Rolle. Während in Deutschland die Politikwissenschaft unmittelbar nach 1945 als Teil der ‚re-education‘ eingeführt wurde, dauerte es hier eine ganze Generation länger. Die Ansätze der ersten Republik waren ja auch hier von den Nazis vernichtet worden und die Vertriebenen wurden nur spärlich und sehr spät wieder als „Gäste“ eingeladen nach Österreich zurückzukehren. Die erste Professur für Philosophie der Politik- und Ideologiekritik hatten wir in Wien erst 1968. Die Österreichische Gesellschaft für Politikwissenschaft (ÖGPW) wurde 1970 gegründet. Und erst 1971 wurde Politikwissenschaft zu einer kombinationspflichtigen Studienrichtung. Der Grundsatzterlass Politische Bildung in den Schulen, der kein Unterrichtsfach aber ein Unterrichtsprinzip Politische Bildung etablierte, wurde 1978 beschlossen. Da hatten gerade die ersten PolitikwissenschaftlerInnen ihre Doktorate abgeschlossen. Durch diese Verspätung im Vergleich zu anderen westeuropäischen Staaten waren diese Bereiche eben schon weitgehend von HistorikerInnen besetzt, bis sich die Politikwissenschaft wirklich etablieren konnte.

Wenn wir schon vor der eigenen Tür kehren möchten. Die Hauptschuld von uns ist weniger, dass wir das versäumt haben, sondern, dass wir uns bis auf wenige Ausnahmen sehr stark weigern mit der Öffentlichkeit zu kommunizieren. Ich bin jemand, der durchaus mit JournalistInnen redet. Ich trete auch immer wieder in Diskussionssendungen im Radio oder im Fernsehen auf, z.B. früher im Club 2 [ehemalige ORF-Diskussionssendung]. Aber ich habe daraufhin eher negative als positive Reaktionen von KollegInnen bekommen. ‚Der Schmidinger gibt sich wieder her für so ein populärwissenschaftliches Zeug.‘ ‚Er setzt sich wieder in Szene.‘ Es war eher karrierehemmend als karriereförderlich. Das ist auf einer amerikanischen Uni ganz anders. Dort

gilt ‚outreach‘ als etwas, das auch zur Wissenschaft dazugehört, wie Kommentare in Zeitungen und Peer-Review-Journals. Das gehört dort zum Job-Profil. Hier ist das eher suspekt. Deswegen tun es auch die meisten nicht, abgesehen davon, dass es Zeit kostet und bei Anträgen nichts gilt.

Kommen wir langsam zu deinem eigenen Forschungsgebiet. Befindet sich der Minderheitenschutz in Europa in der Krise oder hat sich unter dem Eindruck der Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa die Situation von Minderheiten verschlechtert?

Minderheitenschutz ist ja auch ein zweischneidiges Schwert: Was schütze ich und warum? Schütze ich irgendwelche Folklore, kollektive oder halluzinierte Identitäten?. Die sorbischen Volkstänze? Oder geht es um Menschenrechte, die auch kollektiv ausgeübt werden können, wie Sprachrechte? Im Fall von Kärnten: Geht es darum, dass in bestimmten Gebieten Zweisprachigkeit gefördert wird? Oder geht es darum ein ethnisches SlowenInnentum zu schützen? Aber ja, das Problem hat sich sicher in der Wirtschaftskrise verschärft und zwar vor allem für Minderheiten, wo Ethnizität und Sprache mit sozialem Status zusammenkommen. Ganz besonders bei den Roma und zwar in ganz Europa in unterschiedlichem Ausmaß. Antiziganismus ist überall im Anwachsen: Wenn man sich die Räumung von Roma-Lagern in Frankreich anschaut, den teilweise schon tödlichen Antiziganismus in Ungarn.

Das ist ganz sicher ein massives Problem, das sich auch durch die Wirtschaftskrise, und wie damit umgegangen worden ist, verschärft hat. Ich würde aber auch den antimuslimischen Rassismus in diesem Kontext sehen und vor allem in den Ländern, in denen Muslime einen großen Teil der unteren Schichten der Arbeiterklasse darstellen. Es ist kein Zufall, dass diese antimuslimischen Ressentiments gerade in jenen Ländern (Österreich, Deutschland und Frankreich) stark sind, wo die Mehrheit der Muslime die Nachkommen dieser GastarbeiterInnen und ArbeitsmigrantInnen sind und wo diese Menschen eher den ärmeren Teil der Bevölkerung stellen. In Frankreich nicht nur ArbeitsmigrantInnen,

sondern auch einfach Menschen aus den ehemaligen Kolonien.

Wir würden noch gerne mit dir über die Türkei sprechen. Es gibt dort ja derzeit mehrere Konflikte, beispielsweise zwischen der Gülen-Bewegung und der AKP von Ministerpräsident Erdogan ...

Es gibt eine Spaltung in der ehemals vereinten, aber nie ganz homogenen Hauptströmung des politischen Islam in der Türkei. Die Gülen-Bewegung war eine wesentliche Stütze für Erdogan, ist jetzt aber davon abgegangen und versucht nun Erdogan zu stürzen. Das wird nicht von heute auf morgen passieren, aber ich vermute, dass das Konzept der Gülen-Bewegung nachhaltiger ist als jenes der AKP. Vor allem deswegen, weil es gelungen ist mit Schulen und anderen Bildungseinrichtungen (Universitäten, Forschungseinrichtungen, usw.) eine zukünftige Elite aufzubauen. Das ist sicher nachhaltiger, als das sehr autokratische ‚System Erdogan‘, das sehr stark an seiner Person hängt. Solange seine Person so dominant ist, wird er das System aufrecht erhalten können, aber die Gülen-Bewegung ist organisatorisch sicher stärker.

Teilst du die Einschätzung, dass Erdogan den Moment verpasst habe, wo er mit seinen Medienmanipulationen und der Beugung der Justiz eine breite Opposition gegen die Gülen-Bewegung hätte schaffen können?

Das wird er nicht mehr schaffen. Nach den Gezi-Protesten hat er sich einfach zu sehr isoliert. Theoretisch wäre noch denkbar, dass ihm der große Coup mit den KurdInnen gelingt. Mit der Kollaboration der türkischen Regierung mit dem so genannten Islamischen Staat in Syrien ist aber diese Option wohl gestorben. Wahrscheinlicher ist heute eine Rückkehr zum Krieg mit der PKK.

Inwiefern hat die Türkei noch eine europäische Perspektive?

Das hängt sehr stark von der Europäischen Union ab. Die Frage ist, wie weit die EU die Türkei jemals wollte und will. Und wie weit die Türkei jetzt noch in die EU will, weil wirtschaftlich geht es der Türkei

wesentlich besser als der EU. Ich fürchte, dass auch hier das Momentum verpasst worden ist.

Hängt der stockende Beitrittsprozess auch mit der innenpolitischen Isolation von Erdogan zusammen?

Was der Beitrittsprozess widerspiegelt, ist vor allem die Persönlichkeit von Erdogan. Der autokratische Zug. Er sagt nonchalant: ‚Na dann gehen wir unseren Weg allein.‘ Aber dass er sich das überhaupt wirtschaftlich leisten kann, liegt auch an der Schwäche der Europäischen Union.

Die EU hat für die Linke in der Türkei einerseits einen positiven Anreiz durch Menschenrechts- und Demokratiestandards, wirkt aber andererseits mit ihrem disziplinierenden Neoliberalismus auch abschreckend.

Ja, klar, es ist zwiespältig. Wobei eine geeinte Linke in der Türkei ja nicht existiert. Es gibt eine Spaltung zwischen der kurdischen und der türkischen Linken und auch innerhalb der türkischen Linken, zwischen kemalistischen und etatistischen Kräften und eher anti-kemalistischen Kräften.

Wo ordnest du hier die neue Partei ein, die sich nach den Gezi-Park-Protesten gegründet hat?

Diese neue Partei nehme ich politisch nicht so ernst. Ich glaube nicht, dass es das große Erfolgsprojekt wird. Es ist eher ein linksliberales Projekt und politisch eher bei den Grünen zu finden, vielleicht ein bisschen links davon. Aber was sich bei Gezi abgespielt hat, war ein Zusammenkommen sehr unterschiedlicher Kräfte, die sich so noch nie politisch begegnet sind und das ist durchaus interessant. Es kann noch etwas Größeres entstehen, aber das ist sicher nicht nur die Gezi-Partei. Was mir aber fehlt in der türkischen Politik ist eine linksliberale Kraft, die auch für TürkinInnen wählbar und die nicht kemalistisch ist.

Aber es gibt keine Perspektive im Sinne eines Parteienbündnisses, wie z.B. Syriza in Griechenland, wo sich ja auch unter dem Eindruck der übermächtigen Großparteien mehrere linke Parteien zusammengeschlossen haben?

Ich sehe die Möglichkeit bisher organisatorisch nicht. Meine FreundInnen in Istanbul wären für genau so etwas. Das sind aber alles Intellektuelle, feministische Linke, die vor allem an Unis sitzen, teilweise in sozialen Bewegungen drin sind. Aber dieses Milieu ist schon sehr stark auf Istanbul beschränkt, vielleicht auch noch in Ankara und Izmir, aber das war es. Und das wird nicht ausreichen. Aber es tut sich etwas Neues und die Frage ist, ob sich das ausbreiten kann. Wenn in der Türkei der wirtschaftliche Aufschwung zusammenbrechen sollte, dann kann sich etwas ändern. Es gibt ja WirtschaftswissenschaftlerInnen, die sagen, dass eine gewisse Blase da ist – dann können sich neue Koalitionen ergeben. Was ich ja interessant finde, sind diese antikapitalistischen muslimischen Gruppen. Es gibt in Istanbul Gruppen wie ‚Antikapitalist Müslümanlar‘ oder ‚Anarşist Müslüman‘. Die Facebook-Seiten von denen sind interessant. Da steht die erste Zeile des Glaubensbekenntnis: ‚Es gibt keinen Gott, außer Gott, usw.‘ Und dann steht auch: ‚Und daher darf auch kein Mensch über einen anderen Menschen

herrschen.‘ Und das hat es vor den Protesten noch nicht gegeben, dass es plötzlich Diskussionen zwischen gläubigen MuslimInnen mit AnarchistInnen gibt. Oder, dass muslimische AntikapitalistInnen auf Erster-Mai-Demos vom marxistischen Club mitgehen. Das ist interessant.

Aber beschränkt sich diese Politisierung wieder nur auf die bildungsnahen Schichten?

Nein, nicht nur und zwar gerade diese islamischen Gruppen sind teilweise schon auch in den Armenvierteln verankert. Die kurdischen Unterschichten waren immer politisiert. Die Frage ist nur: Gibt es Momente, wo sie sich wieder begegnen und organisieren können? Das sehe ich im Moment aufgrund der wirtschaftlichen Erfolge der Türkei noch nicht ausreichend gegeben, aber das kann sich ändern.

Geführt von Dominik Hultsch und Richard Sattler am 04.02.2014 in Wien.

Zur Lage der arbeitenden Klasse in China: Ein Konferenzbericht

Thomas Immervoll

Wie steht es um die Arbeiterklasse im kommunistischen China? Ist die Volksrepublik China eigentlich (noch) als kommunistisches Land zu bezeichnen? Ist nicht gerade China ein Paradebeispiel für die Entwicklung eines ungezügelter Kapitalismus? Welche Rolle spielen die ArbeiterInnen in diesem System? Am 22.02.2014 lud die China Study Group Europe in Wien zu einem Workshop zur Analyse der

arbeitenden Klasse im heutigen China. In zwei abendfüllenden Diskussionen im Vorfeld des Workshops referierte der 97-Jährige Agrarwissenschaftler Theodor Bergmann, der aufgrund seiner Mitgliedschaft in der kommunistischen Bewegung 1933 aus Deutschland emigrieren musste, über die Geschichte des Kommunismus in China und dessen Auswirkungen. Bergmann äußerte viel Verständnis für die Politik der gegenwärtigen chinesischen Führung. Es

sei wichtig, das Land zu entwickeln. Man solle in seinem Urteil nicht zu voreilig sein, denn auch „Mao hat viele Dinge gesagt, die nicht mehr kommunistisch, nur scheinkommunistisch“ gewesen wären.

ExpertInnen und AktivistInnen diskutierten beim anschließenden Workshop im Amerlinghaus den gegenwärtigen Zustand der Arbeiterschaft und des Kommunismus' in China. Den Anfang machte Thomas Immervoll (Uni Wien), der auf die zunehmende Zersplitterung der chinesischen Arbeiterschaft hinwies. Wichtigstes Kennzeichen dafür sei der anwachsende informelle Sektor, der auch methodisch zur Messung dieser Zersplitterung herangezogen werden könne.

Can Cui (Institut für Arbeit – ICOLAIR Hamburg) berichtete über ihrer Studie zur ‚Zweiten Generation‘ von WanderarbeiterInnen, rund 250 Millionen Menschen aus der ländlichen Bevölkerung, die ihr Glück in den chinesischen Städten suchen, zunehmend mit dem Ziel, auch langfristig in den Städten Fuß zu fassen. Die chinesische ArbeiterInnenklasse sei wegen ihrer Größe und ihrer Beschaffenheit von internationaler Bedeutung, so Hermann Dworczak (Sozialforum Österreich). Er hob die Notwendigkeit internationaler Solidarität hervor.

Daniel Fuchs (Uni Wien) wies darauf hin, dass der chinesische Staat nur in Bezug auf die Transformation der Arbeitsverhältnisse verstanden werden könne. Hintergrund sei ein dualer Prozess der ökonomischen Restrukturierung der Privatisierung, des Anwachsens ausländischer Investitionen und der Semiproletarisierung der chinesischen Bevölkerung einerseits und des Phänomens der WanderarbeiterInnen andererseits. Es komme zu einer stärkeren Organisation der ArbeiterInnen und die Anzahl von Arbeitskämpfen nähme zu.

Felix Wemheuer (Uni Wien) verglich in seinem Vortrag die drei großen landesweiten Bewegungen von 1989, 1966, 1957. Er vertrat die These, dass Konflikte innerhalb der politischen Führung diese Bewegungen ermöglichten. Allerdings gelang es auch diesen Bewegungen nicht, klassenübergreifende Bündnisse herzustellen. Gegenwärtig sind derartige Differenzen nicht festzustellen.

Rolf Geffken (Institut für Arbeit – ICOLAIR Hamburg) nahm den gegenwärtigen Rechtsstaat in China unter die Lupe. Das Arbeitsvertragsgesetz von 2008 habe „eine erheblich stimulierende Wirkung auch für die Entwicklung von Arbeitsstandards“ gehabt, so Geffken. Die öffentliche Debatte und die Kampagnen rund um dieses Gesetz leisteten einen Beitrag zur stärkeren Wahrnehmung von Rechten.

Den Abschluss machte Heiko Khoo (Kings College London). Er ging der Frage nach, ob die Volksrepublik China ein kapitalistisches Land sei. Große Teile der Ökonomie sind nach wie vor kontrolliert durch Staat und Partei. Das betrifft vor allem jene Sektoren, die für politische Steuerung wichtig sind. Außerdem wurde eine große ArbeiterInnenklasse als Machtbasis entwickelt. Die chinesische Regierung könne deshalb auf bevorstehende Herausforderungen besser reagieren. Das sei ein wesentlicher Grund dafür, dass das Regime sich in den letzten Jahren behaupten konnte.

Weitere Informationen zum Workshop unter www.labourchina.univie.ac.at

Thomas Immervoll ist Mitglied der Redaktion des politix, Absolvent am ipw und Lehrbeauftragter am Institut für Ostasienwissenschaften/Sinologie.

Grenzbrechender Ungehorsam gegen die EU

Björn Puhr und Mirjam Zangerl

Dieser Artikel behandelt ein brisantes, aktuelles, gesellschaftliches Thema: Selbstorganisierte Flüchtlingsproteste im transnationalen Raum. Als Beispiel dient dieser Bericht zum grenzüberschreitenden ‚March for freedom‘ der im Mai dieses Jahres stattgefunden hat. Vorerst wird erklärt was die Sozialwissenschaften unter dem Begriff Transnationalismus verstehen und welche wichtigen Aspekte im Kontext von MigrantInnenprotesten berücksichtigt werden sollten. Darauf folgt die Darstellung der Ereignisse des transnationalen Marsches und eine Bezugsherstellung zu weiteren Aktivitäten die derzeit stattfinden. Unter Transnationalismus verstehen wir Lebensformen, die soziale Beziehungen über nationale Grenzen hinweg formen, gestalten und leben. Transnationalismus ist wie Migration kein neues Phänomen, aber durch beschleunigte Transport- und Kommunikationsmöglichkeiten wird er zur alltäglichen Erfahrung, verändert die Zugehörigkeiten und durch Wechselwirkungen die gesamte Gesellschaft. In den 1990er Jahren entwickelten sich deshalb transnationale Studien als neues Forschungsfeld, mit dem Ziel, genau diese Netzwerke, ihre Hintergründe und Auswirkungen zu untersuchen. Dadurch wurde ein Sichtbarmachen neuer sozialer Erfahrungen möglich (vgl. Strasser 2009: 70f.).

Helen Schwenken lieferte mit ihrem Werk *Rechtlos aber nicht ohne Stimme; Politische Mobilisierungen um irreguläre Migration in die Europäische Union* wichtige Grundlagen zur Frage der Selbstorganisation von MigrantInnen und Flüchtlingen innerhalb der EU. Zentraler Aspekt hier ist, dass soziale und politische Selbstorganisation von MigrantInnen durch eine Vielzahl von persönlichen und strukturellen Schwierigkeiten erschwert wird: AusländerInnengesetzgebungen schränken die Bewegungsfreiheit sowie

politische Organisations- und Artikulationsmöglichkeiten ein, beispielsweise durch das Vereins- und Demonstrationsrecht. Als gesamtgesellschaftliche Barrieren wirken strukturelle Ausschlüsse, Diskriminierung- und Gewalterfahrung, der begrenzte Zugang zu Ressourcen (finanzielle Mittel, Raum o.ä.) oder der beschränkte Zugang zum Arbeitsmarkt (vgl. Schwenken 2005: 144f.). Trotz all dieser Hürden finden Vernetzungen und politisches Empowerment (= Handlungsfähigkeit) statt, durch welche die Grenzen des privaten und des öffentlichen Bereiches aufgebrochen werden. „Damit werden Erfahrungen zur Grundlage kollektiven Handelns und zuvor unhinterfragte oder hingenommene Lebensbedingungen werden als veränderbar wahrgenommen. So kann wie die Frauenbewegungen gezeigt haben, auf Grundlage der Politisierung von Erfahrungen gesellschaftlicher Wandel erzeugt werden“ (Schwenken 2005: 145f.).

Zum ‚March for Freedom‘

Auf dem erstem ‚No border camp‘ 2002 in Straßburg wurden folgende Forderungen formuliert: die Legalisierung von *sans papiers*, das Recht auf Bewegungsfreiheit, die Abschaffung der Abschiebehaft, der Abschiebungen und der prekären und kurzfristigen Aufenthaltstitel (vgl. Schwenken 2005: 133f.). Zeitgemäßes Beispiel für Vernetzung und politisches Empowerment ist der schon oben erwähnte ‚March for Freedom‘, der an dieser Stelle von einer teilnehmenden Person nachgezeichnet wird: Einen Monat lang, von 20. Mai bis 20. Juni marschierten zahlreiche AktivistInnen und UnterstützerInnen in „grenzbrechende[m] Ungehorsam gegen die EU“ (1) von Straßburg nach Brüssel um auf die

prekäre und unmenschliche Situation von Geflüchteten innerhalb der EU-Grenzen aufmerksam zu machen. Anschließend wurde in Brüssel, wo auch das EU-Parlament tagt, ein Camp im zentrumsnahen Park Maximilian aufgebaut und eine Woche lang bewohnt. Der Zeitpunkt und die Wahl der Route waren freilich kein Zufall, schließlich fanden von 22. bis 25. Mai 2014 die EU-Wahlen statt und am 26. Juni ein Gipfel des Europäischen Rates (2). Die AktivistInnen, die während des Marsches rund 500 Kilometer zu Fuß zurücklegten, sind die Betroffenen. Obwohl es vielen von ihnen rechtlich nicht gestattet war, das Land ihres permanenten Aufenthaltes zu verlassen (3), durchquerten sie im Rahmen des Marsches Teile Frankreichs, Deutschlands, Luxemburg und Belgiens. Trotz langer Distanzen und des teilweise widrigen Wetters, wurden währenddessen einige Aktionen durchgeführt. So wurde in Schengen eine Bootsfahrt inszeniert und eine alternative Version des Schengen-Vertrags verlesen, in der „die Öffnung der EU-Außengrenzen, ein Ende der illegalen Abschiebungen und des [...] Racial Profilings“ (4) gefordert wurde.

Der Schengenraum

Das Schengener Abkommen von 1990 ist die rechtliche Grundlage für Europas restriktive Asyl- und Fremdenpolitik, denn durch den Abbau von Grenzkontrollen innerhalb der EU wurde der so genannte ‚Schengenraum‘ geschaffen. Damit einher ging die Schaffung der europäischen Außengrenzen und die Ausweitung der Grenzen im Inneren. Durch die Europäisierung der Migrationspolitik rückte der Sicherheitsaspekt und die stärkere Kontrolle der Außengrenze in den Vordergrund. Auch Frontex (Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den europäischen Außengrenzen) ist eine Folge dieser Politik. Aufgaben der Institution, die sich als europäische Grenzpolizei versteht, sind die Grenzüberwachung, die Rückführung von Staatsangehörigen aus Drittstaaten außerhalb der EU, sowie die Durchführung von Sammelabschiebungen illegalisierter AusländerInnen.

Die Protestwoche in Brüssel wurde daher für mehrere kleinere Aktionen gegen Frontex genutzt und eine groß angelegte Demonstration organisiert, die sich gegen „die ausschließenden und rassistischen politischen Maßnahmen gegen Geflüchtete und MigrantInnen“ (5), die nicht selten vom Europäischen Rat ausgehen, richtet. Auch wenn sich die mediale und direkte politische Resonanz, im Gegensatz zu den Reaktionen der lokalen AnrainerInnen (6), angesichts des Ausmaßes des Unterfangens und abseits von Schlagzeilen über eine direkte Aktion in Luxemburg Stadt hauptsächlich durch Abstinenz auszeichnete (7), waren sich AktivistInnen und UnterstützerInnen am Ende der Aktion einig: Es wurde ein wichtiger erster Schritt in Richtung eines zukünftigen, selbstorganisierten, transnationalen Geflüchtetenprotestes gesetzt (8). All dies lässt darauf schließen, dass Frequenz und Stärke transnationaler Geflüchtetenproteste in Zukunft nicht abnehmen werden, auch wenn die Repression auf nationalstaatlicher Ebene groß bleibt. So kam es noch während der Aktionswoche in Brüssel zu einer versuchten Räumung einer von Geflüchteten besetzten Schule in der Berliner Ohlauer Schule (9). Und auch in Calais, Frankreich, kämpfen Geflüchtete tagtäglich um ihr Überleben in der Hoffnung, irgendwann doch die Überfahrt nach England zu schaffen.

Björn Puhr ist Unterstützer von Refugee-Protesten in Europa und am liebsten auf der ganzen Welt.

Mirjam Zangerl ist Unterstützerin von Refugee-Protesten in Europa und studierte bis 2013 Kultur- und Sozialanthropologie.

Anmerkungen:

- (1) & (8) Freedom not Frontex (30.06.2014): *Grenzbrechender Ungehorsam gegen die EU*. <http://freedomnotfrontex.noblogs.org/post/2014/06/30/grenzenbrechen-der-ungehorsam-gegen-die-eu/>, (Zugriff: 03.09.2014).
 (2) European Council (26.-27.06.2014): *Meeting Conclusions*. <http://www.european-council.europa.eu/council-meetings?meeting=15c64c6d-a970-4735-bb5f-8bd-7f0e75f03&lang=en&type=EuropeanCouncil>, (Zugriff: 03.09.2014).

(3) Freedom not Frontex (01.08.2014): *From Refugees to European. Statements.* <http://freedomnotfrontex.noblogs.org/post/category/statements/>, (Zugriff: 03.09.2014).

(4) Anne-Sophie Balzer (08.06.2014): *Sie riskieren alles für Freizügigkeit.* <http://www.zeit.de/reisen/2014-06/fluechtlinge-reisefreiheit-schengen-protestmarsch>, (Zugriff: 03.09.2014).

(5) Refugees Welcome! (19.06.2014): *Freedom not Frontex: Am 26.6. nach Brüssel.* <http://refugeeswelcome.blogspot.eu/2014/06/19/freedom-not-frontex-am-26-6-nach-bruessel/> (Zugriff: 03.09.2014).

(6) Gitta Düberthal (03.06.2014): *„Viele Leute schließen sich uns an“. Protestmarsch von Strassburg nach Brüssel: In Schengen wurde das Frontex-Museum besetzt. Ein Gespräch mit Turgay Ulu.* <https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/2014/06-03/005.php>, (Zugriff: 03.09.2014).

(7) Matthias Monray (11.06.2014): *Proteste von Asylsuchenden: Innenminister schalten auf stur.* <http://www.heise.de/tp/artikel/41/41986/1.html>, (Zugriff: 03.09.2014).

(9) MAINZ Rising (28.06.2014): *Spontandemo: Solidarität mit den Refugees in der Ohlauer Straße.* <https://linksunten.indymedia.org/node/117651>, (Zugriff: 03.09.2014).

Schwenken, Helen (2005): *Rechtlos aber nicht ohne Stimme. Politische Mobilisierungen um irreguläre Migration in die EU.* Bielefeld: transcript.

Strasser, Sabine (2009): *Transnationale Studien. Beiträge jenseits von Assimilation und „Super-Diversität“.* In: Six-Hohenbalken, Maria (Hg.); Tosic, Jelena (Hg.): *Anthropologie der Migration. Theoretische Grundlagen und interdisziplinäre Aspekte.* Wien Facultas, 70-92.



Aufgenommen von Björn Puhr während des Marsches am 07.06.2014 zwischen Arlon und Neufchateau.

Jürgen Roth (2014): Der stille Putsch

München: Wilhelm Heyne Verlag

Die Austeritätspolitik der Troika, bestehend aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfond (IWF), ist eine der treibenden Kräfte sozialer Ungerechtigkeit in Europa. Im Anschluss an die viel zitierte Wirtschafts- und Finanzkrise blieb bis dato ein grundlegender systematischer Wandel aus. Die Gründe hierfür sieht der Publizist Jürgen Roth in einem verworrenen Netzwerk an AkteurInnen in Politik, Wirtschaft und Finanzsektor. Dabei versteigt sich Roth nicht etwa in eine platte Kritik an der EU, sondern versucht im Rahmen seines Buches über die Zeit gesammelte Berichte, Interviews und Hintergrundinformationen zusammenzutragen. LeserInnen dürfen sich dabei keine theoretischen Ableitungen oder Erklärungsansätze erwarten, sondern finden einen Fundus an interessanten Beschreibungen, die durchaus Anregung zu weiterführenden wissenschaftlichen Auseinandersetzungen bieten können.

Mit ‚Putsch‘ bezeichnet Roth jene Konsequenzen der Politik der Troika, die anhand der Beispiele von Griechenland, Portugal und Spanien erläutert werden. Dabei wird die enge personelle Verzahnung zwischen europäischen und amerikanischen Großbanken mit den zentralen Entscheidungsfindungsgremien der EU, der EZB sowie des IWFs aufgezeigt. Diese führe letztlich nicht nur auf eine Restauration neoliberalen Wirtschaftens hinaus, sondern ziele auf eine allumfassende Durchsetzung eines rein auf Konzerninteressen basierenden Politik- und Gesellschaftsmodells, in dem Nationalstaaten und die darin agierenden PolitikerInnen bestenfalls als Erfüllungsgehilfen aufscheinen. Roth sieht die vor allem in Südeuropa durchgepeitschte Sparpolitik als prototypische Entwicklung, bei der geltende Sozial- und Pensionsgesetze zerstört werden und die Regierungen aufgrund des Drucks von kreditgebenden Institutionen dazu gezwungen sind, Teile ihrer Souveränität aufzugeben. Da demokratische Entscheidungsfindungsprozesse im Rahmen parlamentarischer Systeme an Einfluss verlieren, zumal



die eigentlichen Entscheidungen von undurchsichtigen Eliten- und AkteurInnennetzwerken getroffen werden, verweist Roth auf sich verstärkende autoritäre Tendenzen. Diese sind neben einer immer umfassenderen digitalen Überwachung der Menschen auch die Aufrüstung der Polizei sowie das Aufblühen von privaten Sicherheitsagenturen, wobei die verfassungsmäßig gewährten Grundrechte in den Hintergrund gerückt werden. Als eine Folge dieser Politik, die sich nach Meinung des Rezensenten und in Anlehnung an Samuel Huntington (1991) und Janos Kornai (1992) als dritte Welle des Neoliberalismus bezeichnen lässt, sieht Roth das verstärkte Auftreten konservativer und rechtspopulistischer Kräfte, die Rassismus und Gewalt als alltägliche Komponente der Gesellschaft praktizieren und zu einer Verschärfung sozialer Gegensätze beitragen. Obwohl Roth eine Vielzahl an Fällen von AkteurInnen und ihrer Verbindungen mit der aktuellen Wirtschaftskrise aufzeigt, vermisst das Sammelsurium systematische Ableitungen, da die Darstellungen teilweise in der reinen Aufzählung verharren. Es wird ein kompakter Einblick in derzeit laufende politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen gegeben, die jedoch für sich genommen den Boden für Verschwörungstheorien bereiten, von welchen sich der Autor nur unzureichend abgrenzt.

Richard Sattler

Kornai, Janos (1992): *The Socialist System. The Political Economy of Communism*. Princeton: Princeton University Press.

Huntington, Samuel (1991): *Democratization in the Late Twentieth Century*. Norman: University of Oklahoma Press.

Ilker Ataç, Michael Fanizadeh, Albert Kraler, Wolfram Manzenreiter (Hg.) (2014): Migration und Entwicklung: Neue Perspektiven

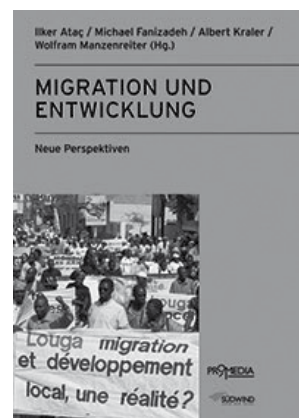
Wien: Promedia.

Wie hängen Migration und Entwicklung zusammen? Welche Begriffe sind bei der Analyse dieser beiden Phänomene zentral? Welche neuen Zugänge gibt es, um diesen Migration-Entwicklung-Nexus genauer zu untersuchen?

Mit dem vorliegenden Sammelband versuchen Ilker Ataç, Michael Fanizadeh, Albert Kraler und Wolfram Manzenreiter eine aktuelle Bestandsaufnahme der Debatte um den Zusammenhang von Entwicklung und Migration im deutschen Sprachraum. Sie versammeln Beiträge, die unter Anwendung unterschiedlicher theoretischer Zugänge diesen Zusammenhang analysieren. Die AutorInnen verwenden verschiedene Entwicklungsbegriffe, die jedoch alle offen und kritisch sind. Gemeinsam ist den Beiträgen auch, dass sie keine simplifizierenden Konzepte von Migration zur Anwendung bringen. Entwicklung ist nicht getrennt von Migration zu sehen, „Migration findet mit und ohne Entwicklung statt“ (S.18).

In den ersten Beiträgen erhält die/der LeserIn eine umfassende Einführung in die Thematik. Albert Krahler, Marion Noack, Stefanie Krohn und José Luis Rocha geben einen ausführlichen Überblick über wichtige AkteurInnen, Regime und Debatten in dem Bereich. Dabei stellt Krohn die Entwicklung des amerikanischen Migrationsregimes vor und Rocha geht auf die kulturalistische Wende in der spanischen Migrationspolitik ein.

Rahel Kunz und Helen Schwenken analysieren anschließend die Funktionen von Genderrollen in der Debatte um die Migrationspolitik. Die Genderskripte sind hier widersprüchlich und häufig einer Debatte ausgesetzt. Edma Ajanovic wiederum geht der Rolle von remittances nach, wobei sie den Begriff eher breit anlegt. Sie betont die Rolle von immateriellen Formen von Remittances etwa für die Hinterfragung bestehender Macht- und Genderverhältnisse.



Alexander Trupp untersucht am Beispiel Thailand die Begrenzung von Mobilität und Migration durch fehlende Anerkennung von Staatsangehörigkeiten. MigrantInnen werden häufig in die berufliche Selbstständigkeit und zur Suche ökonomischer Nischen gedrängt. Mit dem Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration in Nordmali greift Isaie Dougnon ein wichtiges Thema der kommenden Jahre auf. Migration als temporäre Reaktion auf klimatische Veränderungen ist aber kein neues Phänomen. Daniel Fuchs untersucht die Herausbildung des Migrationsregimes in der Volksrepublik China. Dieses sieht er als „Ausdruck eines Wechselverhältnisses zwischen staatlichen Entwicklungsstrategien sowie den kollektiven Praxen der ArbeitsmigrantInnen“ (S. 154).

Stephan Dünnwald und Helene Trauner legen ihren Fokus ebenfalls auf Mali. Während Dünnwald die Auswirkung der Politik internationaler und nationaler AkteurInnen zur Förderung von Rückkehr analysiert, diskutiert Tauner die Verschränkung der Politik von Mali und Senegal mit jener der früheren Kolonialmacht Frankreich.

Ergänzt wird der Sammelband durch Beiträge von Sabine Strasser und Mustafa Akçınar zu den Beziehungen Europas zu einer türkischen Provinz und von Wolfram Manzenreiter über die japanische Migrationspolitik. Zum Abschluss diskutiert Michael Fanizadeh das Diaspora-Engagement im Kontext der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

Der Band bietet einen umfassenden Überblick über den Themenkomplex und eine Reihe von theoretischen Zugängen zum Thema. Er präsentiert

neue theoretische Ansätze ebenso wie aktuelle Forschungsergebnisse. So eignet sich der Band hervorragend als Einstieg für Studierende wie auch

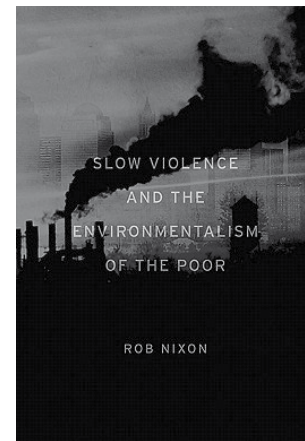
für fortgeschrittene LeserInnen, denen ein breiter Schnitt durch den aktuellen Stand der Debatte zum Thema geboten wird.

Thomas Immervoll

Rob Nixon (2011): *Slow Violence and the Environmentalism of the Poor* Cambridge, Mass.: Harvard University Press

Rob Nixon kontextualisiert die Sorgenkinder der umweltpolitischen Debatten der letzten Jahrzehnte in einem theoretischen Gebäude aus dem Stoff aktueller geistes- und kulturwissenschaftlicher Ansätze zu Gewalt und Literatur, indem er versucht die Brücke von literarischen Texten zu environmental philosophy bzw. environmental political theory und human-ökologischen Überlegungen zu schlagen.

Zu diesem Zweck führt Nixon erstens den Begriff *Slow Violence* ein, den er zum Begriff der strukturellen Gewalt bei Johan Galtung durch eine Herangehensweise abgrenzt, die von dispersen Auswirkungen bestimmter Handlungen in Raum und Zeit ausgeht (environmental injustice). Konzepte von Gewalt, als zB einem aus einer bestimmten Situation entspringenden ephemeren Akt, sind für die Konzeptualisierung von netzförmigen, amorphen, langwierigen oder exponentiell sich ausbreitenden negativen Effekten in einem globalen Maßstab nicht ausreichend, so Nixon. Denn, die Opfer von *Slow Violence* sind „the casualties most likely not to be seen, not be counted.“ (13) Zweitens arbeitet sich Nixon mithilfe postkolonialer Theorien an einer Kritik vom neoliberalen globalen Wirtschaften und der Fixiertheit der Medienberichterstattung auf den ‚schnellen Spaß‘, ab. Damit wird auch der Zugang des Schreibenden deutlich abgesteckt; Nixon’s Perspektive ist zwar eine globale aber zu allererst eine US-amerikanische, die sich dem Anprangern der üblen Machenschaften multinationaler Konzerne in Form von „global crimes of environmental racism“ (59) verschrieben hat. Da sich die Visualisierbarkeit und Übersetzbarkeit der Langzeiteffekte der *Slow*



Violence so schwierig gestaltet, setzt Nixon drittens auf den Einsatz aller nur denkbaren ästhetischen Mittel durch „writer-activists“ (15).

Nixon analysiert im ersten Kapitel *Animal's People* von Indra Sinha, einen Roman, der zum Hintergrund die Konsequenzen des Desasters von Bhopal hat und der sich in diesem Zusammenhang mit sehr dunkler Tinte um eine Anklage der gravierenden Versäumnisse bemüht. Nixon vergleicht durch die Besprechung hindurch Bhopal ferner mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, den Folgen des Einsatzes von DDT sowie von Agent Orange im Zuge des Vietnam-Kriegs. In Kapitel zwei setzt sich Nixon anhand des Romans *Cities of Salt* von Abdelrahman Munif mit der Abhängigkeit des vorherrschenden Wirtschaftssystems von fossilen Energieträgern auseinander und zeichnet dabei Munifs Kritik der internationalen Machtstrukturen nach, die sich auf folgende Formel herunterbrechen lässt: „As a rule of thumb, the greater a state’s reliance on a single mineral resource, the greater the chances that state is undemocratic, militaristic, corruption riddled and governed without transparency or accountability.“ (69-70) Als Abhandlung zum Fall ‚Micro-Minorität‘ vs. transnationaler Erdöl-Konzern vor dem Hintergrund

einer diktatorisch geführten Gesellschaft, bespricht Nixon in Kapitel drei weiters den Kampf Ken Saro-Wiwas und der Ogoni in Nigeria gegen u.a. Royal Dutch Shell und das Abacha-Regime in den 90ern. Saro-Wiwa galt als versierter Schriftsteller und Meinungsmacher und wurde schließlich 1995 für den Widerstand gegen die Zerstörung des Niger-Deltas von den nigerianischen Behörden zum Tode verurteilt und hingerichtet. In Kapitel vier präsentiert Nixon das „rival narrative of national security“ (129) des Green Belt Movement in Kenia als Anliegen, territoriale konstituierte Sicherheitsaspekte in Form von „environmental assaults“ (131) zu formulieren. Zu diesem Zweck beschäftigt sich Nixon mit Wangari Maathais „intersectional environmentalism“ (138) bestehend aus ihrem Zugang zu Gender-Politik, dem konzeptiven Prozess zur Sichtbarmachung der Verbindung von Armut und Umweltzerstörung („The Theatre of the Tree“ (132)) und den Demokratiebestrebungen bzw. dem Widerstand gegen das Regime unter Daniel arap Moi. Kapitel fünf setzt sich anhand der Handlungsstränge ‚Megadamm‘ und ‚Atomtestgebiet‘ mit Enteignungen, Zwangsumsiedlungen und der Vertreibung von „surplus people“ sowie ihrer Konstruktion durch „imaginative expulsion“ (151) auseinander. Besprochen werden u.a. Texte von Rebecca Solnit, Arundhati Roy und Edward Abbey, welche eine Schnittmenge im Bereich von Paradoxien nationaler Einheit, technologischen ‚Fortschritts‘ und Dominanz auf internationaler Ebene aufweisen. In Kapitel sechs werden Narrative zu ‚Megafauna, Rassismus und Tourismus‘ anhand des Safari-Tourismus in Südafrika erörtert. Die Bedeutung der Mythen von Exklusivität, Reichtum, Wildnis, Nation, Hautfarbe und Männlichkeit werden mit Texten von Njabulo Ndebele, James Baldwin und Nadine Gordimer aufgeworfen. „What is a war casualty?“ (200) In Kapitel sieben wirft Nixon ein kritisches Licht auf die Polemik des ‚sauberen‘ Krieges und die langfristigen oder besser unabsehbaren Konsequenzen zeitgenössischer Kriegsführung anhand von depleted uranium (DU) munition, Cluster-Bomben und Landminen. Nixon gerät schließlich an eine Grenze, wenn er danach fragt, was es bedeutet Kriegsoffer zu zählen, wenn die radioaktive Verseuchung durch

DUs weder zwischen FreundIn oder FeindIn unterscheidet noch in ihrer zeitlichen und räumlichen Ausdehnung kontrollierbar und quasi unumkehrbar ist. Das Kapitel bringt mE weiters am klarsten zu Papier was Nixon mit seinem Begriff ‚Slow Violence‘ beschreiben will. Das letzte Kapitel beschäftigt sich schließlich mit den Wissenschaften und den Scheuklappen von einerseits Environmental Studies und andererseits Postcolonial Studies, die Nixon durch sein Buch hindurch versucht zu versöhnen. Er kontrastiert dabei die jeweiligen Stärken und Schwächen der Disziplinen und fordert mehr Interdisziplinarität und gegenseitiges Interesse.

Slow Violence and the Environmentalism of the Poor ist eine literaturwissenschaftliche Kriegserklärung an die politische Kurzschlusshandlung und ein Plädoyer für das Denken in komplexen Zusammenhängen. Die Stärken des Buches liegen zunächst in seiner glaubhaften globalen Ausrichtung und dem analytischen Wert des Slow Violence Konzeptes für das Verständnis negativer Effekte in Ökosystemen und Gesellschaften. Der Aufruf die Mittel ästhetischer Repräsentationen zum Zwecke politischer Mobilisierung auszuschöpfen kann ambivalent betrachtet werden, und bleibt auch seltsam deskriptiv, wenn auch sprachlich sehr attraktiv verpackt. Das Buch ist thematisch sehr gut strukturiert und sprachlich hervorragend gewoben, lässt aber eine tiefere Bearbeitung des Slow Violence Konzepts vermissen. Letztlich stellt sich doch die Frage, ob Nixon nicht den Gewaltbegriff komplett überdehnt und damit seine analytische Brauchbarkeit ins Nirvana schickt. Zusätzlich ist zu bemängeln, dass er eine Auseinandersetzung mit vorhandenen theoretischen Konzeptionen zu Macht und Gewalt schuldig bleibt, aber Slow Violence als Kontrastprogramm argumentiert. Das Konzept bleibt daher grob unvollständig.

Wer aber etwas über gut recherchierte Literatur zu environmentally engaged writer-activism wissen will und jede Menge Fallbeispiele aus virtuoson Federn präsentiert haben möchte, tut auf jeden Fall gut daran Nixons Buch zu lesen; auch trotz und wegen pretty advanced English.

Melanie Konrad

Gerd Antos/Ulla Fix/Bettina Radeiski (Hg.) (2014): *Rhetorik der Selbsttäuschung* Berlin: Frank & Timme

Der breit aufgestellte Sammelband befasst sich mit der Betrachtung einer Reihe politischer, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Fallbeispiele, die zum Überdenken gängiger Lehrmeinungen anregen. Die VerfasserInnen kommen dabei sowohl aus den Sozial- und Geisteswissenschaften sowie der Psychologie, wobei dem sehr komplexen Phänomen der Selbsttäuschung nachgegangen wird. Als Referenzpunkt dient Ludwik Flecks (1935) Auseinandersetzung mit Denkstilen und Denkkollektiven. Zentral ist hierbei die Annahme von objektiv anerkannten Wahrheiten innerhalb von kulturellen Gruppen, die abweichende Denkmuster ausschließen. In Übertragung dieses Modells auf die Kommunikationsforschung lässt sich Sprache „als ein aus dem Kollektiv hervorgehendes und ins Kollektiv hineinwirkendes Medium“ (10) begreifen. Praktisch äußert sich das hieraus resultierende Selbstverständnis einer Gesellschaft in allgemein verständlichen Bezugspunkten wie etwa der Rede vom ‚gesunden Menschenverstand‘ oder ‚der Allgemeinheit‘ und dem was als ‚wahr‘ und ‚falsch‘ oder ‚vernünftig‘ und ‚unvernünftig‘ akzeptiert wird.

Um exemplarisch einige Beispiele zu nennen, befasst sich Kathi Beier mit den philosophischen wie psychologischen Paradoxien, die das Phänomen der Selbsttäuschung hervorruft, zumal hier auf den Widerspruch zwischen mentalen Subsystemen des menschlichen Denkens und Handels verwiesen wird. Dabei wird auf das Zusammenwirken des eigenen, gesellschaftlich und kulturell geprägten Wollens, mit der persönlichen Überzeugung eines Menschen eingegangen, sowie daraus resultierenden Konflikten des Menschen mit sich selbst und anderen.

Christoph Boyer erarbeitet anhand der Rhetorik der ‚Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik‘ die kognitiven Rahmenbedingungen für die Konsolidierung sowie den Zerfall des Staatssozialismus‘ in der DDR, während Christina Gansel die



Wirtschaftskommunikation der DDR im Rahmen einer detaillierten Studie von Publikationen in Fachzeitschriften aufbereitet.

Britt-Marie Schuster geht auf die in der Sarrazin-Debatte vorgebrachten Äußerungen und Feststellungen ein, die schließlich den Blick auf ein ausgesprochen geschlossenes Weltbild freigeben, wie es durch rechtspopulistische Diskurse und deren unreflektierte Aufbauschung durch Medien und Meinungsmache angefeuert wird. Demgegenüber befasst sich Andrea Jäger mit der Rede des anfänglichen NS-Befürworters Gottfried Benn zu Hitlers Geburtstag 1933, bei welcher die Rolle des Wirkens systemtreuer Intellektueller beschworen wurde und bei sich der Begriff des Zeitgeistes als konkrete Form eines Denkstils feststellen lässt.

Auch wenn das Werk eine beeindruckend detaillierte Bandbreite anspricht und erläutert, darf sich die/der LeserIn keine vorgefertigte Theorie über das Phänomen der Selbsttäuschung erwarten, zumal sich deren spezifisches Wirken nur aus dem jeweiligen Kontext erschließen lässt. Insgesamt lassen sich hieraus und dem wiedergefundenen Konzept von Ludwik Fleck interessante Anregungen für weitere Fallstudien entwerfen.

Richard Sattler

Wer ist Österreichs Schandfleck des Jahres 2014?

Netzwerk Soziale Verantwortung ruft zur Nominierung besonders unsozial handelnder Unternehmen, Institutionen oder Einzelpersonen für den Schmähprijs „Schandfleck des Jahres“ auf.

Das Outsourcing der Bundestheater Holding an G4S, die Arbeitsbedingungen bei Apple-Zulieferer Foxconn oder der Brand in einem Kik-Zulieferbetrieb, bei dem 259 Menschen starben: es gibt zahlreiche Beispiele für sozial unverantwortliches Handeln, auch von österreichischen Unternehmen bzw. in Österreich aktiver Unternehmen. Oftmals werden ausbeuterische Geschäftspolitiken erfolgreich verschleiert oder beschönt. Das zu ändern, ist das Ziel des Schandflecks, einer im Jahr 2012 begründeten Initiative des **Netzwerk Soziale Verantwortung (NeSoVe)**, das nun schon zum dritten Mal <http://www.schandfleck.or.at/nominierung/> zur Nominierung für den Schandfleck aufruft.

Nominiert werden können Unternehmen, Institutionen oder Einzelpersonen, die einen Bezug zu Österreich aufweisen. Nach Ablauf der Nominierungsfrist am 31. Oktober und einer juristischen Prüfung der Fälle, werden im Rahmen einer Online-Abstimmung und einer Jury-Abstimmung die Schandflecke des Jahres 2014 gewählt. Verliehen wird dieser zum Welttag der Sozialen Gerechtigkeit im Februar 2015.

Hintergrund der Kampagne: Widerspruch zwischen Schein und Sein

Zum Hintergrund des Schandflecks erklärt Marieta Kaufmann, Geschäftsführerin des NeSoVe und Leiterin der Kampagne: „Wir konnten die letzten Jahre beobachten, dass immer mehr Unternehmen und Institutionen Berichte zu Corporate Social Responsibility herausgeben, sich also als sozial verantwortungsvoll darstellen. Was im ersten Augenblick positiv erscheint, entpuppt sich allerdings oft als PR-Gag. Uns war es wichtig, diesen Widerspruch zwischen Schein und Sein aufzuzeigen, und dabei kam uns die Idee zum Schandfleck des Jahres.“

Ziel des Schandflecks sei es, in den Diskurs zu Unternehmensverantwortung zu intervenieren, ergänzt Stefan Grasgruber-Kerl, Stellvertretender Vorstandsvorsitzender von NeSoVe. „Uns ist wichtig zu zeigen, dass CSR oft nur ‚Greenwashing‘ ist und immer die kritische Kontrolle der Zivilgesellschaft braucht. Darüber hinaus brauchen wir bessere rechtliche Rahmenbedingungen, um Mensch und Natur vor verantwortungslos handelnden Unternehmen zu schützen.“

Franz Fiala, Vorstandsvorsitzender von NeSoVe, betont in Bezug auf rechtliche Rahmenbedingungen: „Die Anzahl der Schandfleck-Nominierungen der letzten Jahre zeigt uns deutlich, dass Unternehmen einer schärferen Regulierung und genaueren Kontrolle unterstellt werden müssen. Uns ist in diesem Zusammenhang wichtig, nicht auf der Ebene des Moralisierens stehen zu bleiben. Mit dem Schandfleck richten wir auch einen deutlichen Appell an Öffentlichkeit und Politik, rechtliche Verbesserungen anzustreben. Gesetzesreformen spielen eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, zukünftigen Schandflecken vorzubeugen.“

Schandflecke der letzten Jahre

Der Schandfleck des Jahres ging in den vergangenen Jahren an KiK, Mayr-Melnhof Packaging, die Bundestheater Holding und die Andritz Hydro GmbH. Ausführliche Dossiers klären auf der Website <http://www.schandfleck.or.at/dossier> über die Gründe auf.

Alle Informationen zur Nominierung unter: <http://www.schandfleck.or.at/>



theorie-LOS!

Das POWI-Fest

16. Oktober 2014

21 Uhr

! Luise Pop

! Gassen aus Zucker

! Bock auf Anny

DasWerk

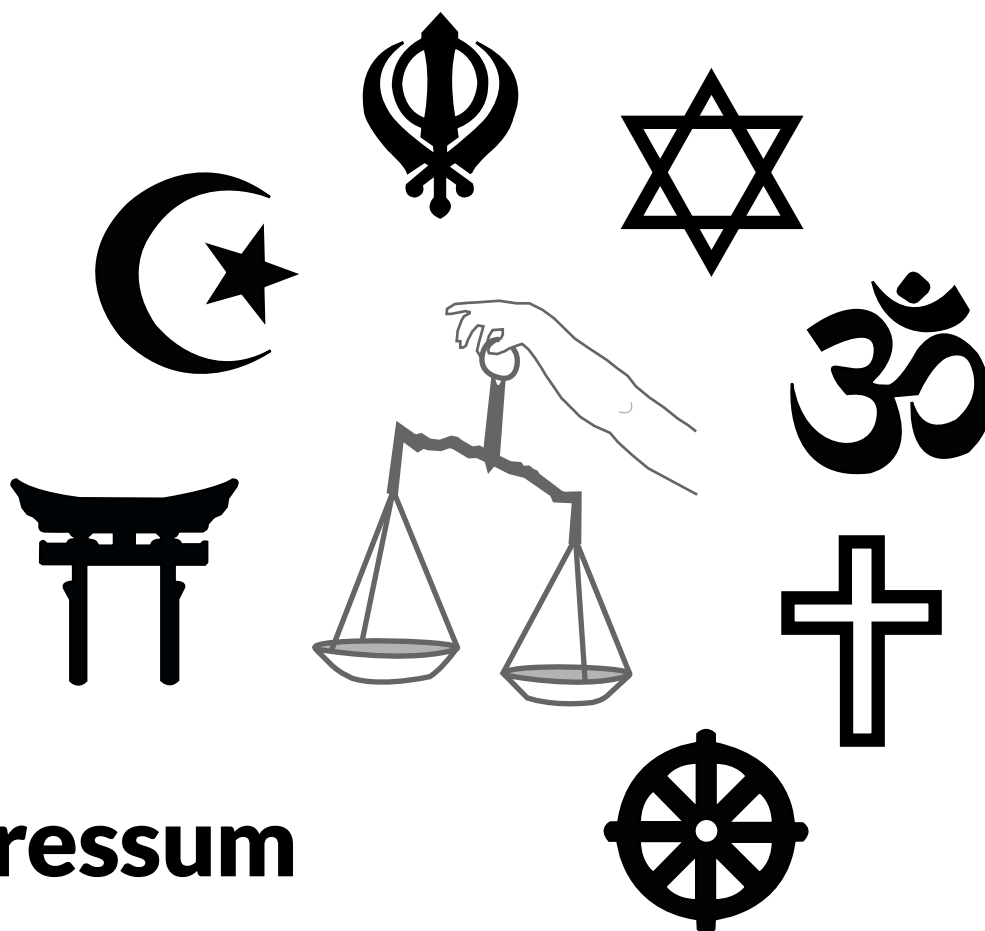
Spittelauer Lände 12 | Stadtbahnbogen 331 |
U4/U6 Spittelau

Eintritt: freie Spende (Empfehlung: 3€)



www.facebook.com/stv.powi

www.univie.ac.at/politikwissenschaft/stv



Impressum

HerausgeberIn: Institut für Politikwissenschaft (ipw)

MedieninhaberIn, VerlegerIn: ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Hauptverantwortliche dieser Ausgabe: Dominik Hultsch, Melanie Konrad

Redaktion: Kathrin Glösel, Dominik Hultsch, Thomas Immervoll, Melanie Konrad, Michael Mayrhofer, Richard Sattler, Anna-Lena Tomeczek

Kontakt: Birgit Sauer

ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Tel.: 0043/1/4277/47712, Fax: 0043/1/4277/9477, E-Mail: politix.politikwissenschaft@univie.ac.at

Art direction, Produktion: Melanie Konrad (a0801938@unet.univie.ac.at)

Onlinepublikation unter www.univie.ac.at/politikwissenschaft

Offenlegung gem. §25 MedienG.: MedieninhaberIn: ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Blattlinie: politix informiert über institutsbezogene Aktivitäten sowie über aktuelle Entwicklungen in der Politikwissenschaft. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Auffassung der Redaktion entsprechen.

Bilder:

Melanie Konrad (Cover/Impressum), Mon_Tours (9), Thomas Schmidinger (27), Björn Puhr (35)



Wir suchen:

1. engagierte und gesellschaftskritische Menschen, sowohl StudentInnen, als auch AbsolventInnen sowie MitarbeiterInnen der Universität Wien.
2. Institutsangehörige: engagierte und gesellschafts-kritische MitarbeiterInnen am Institut für Politikwissenschaft, die gerne in der politix-Redaktion mitarbeiten wollen. Eine direkte und damit interne Anbindung an das ipw ist essentiell für die Herausgabe einer Institutszeitschrift.

Die Redaktionstätigkeit ist unentgeltlich und ermöglicht sowohl das Verfassen eigener Artikel, als auch die Betreuung von Artikelanfragen.

Hast Du Interesse an einer Redaktionssitzung teilzunehmen, dann schreib uns eine Email (politix.politikwissenschaft@univie.ac.at) oder besuch uns auf Facebook („Institutszeitschrift Politix“)!

*Das politix gibt es auch online unter:
<http://politikwissenschaft.univie.ac.at/institut/institutszeitschrift-politix/aktuelles-heft/>*

**Wir freuen
uns auf Dein
Interesse!
Die politix-Redaktion**